

i N S I D E R

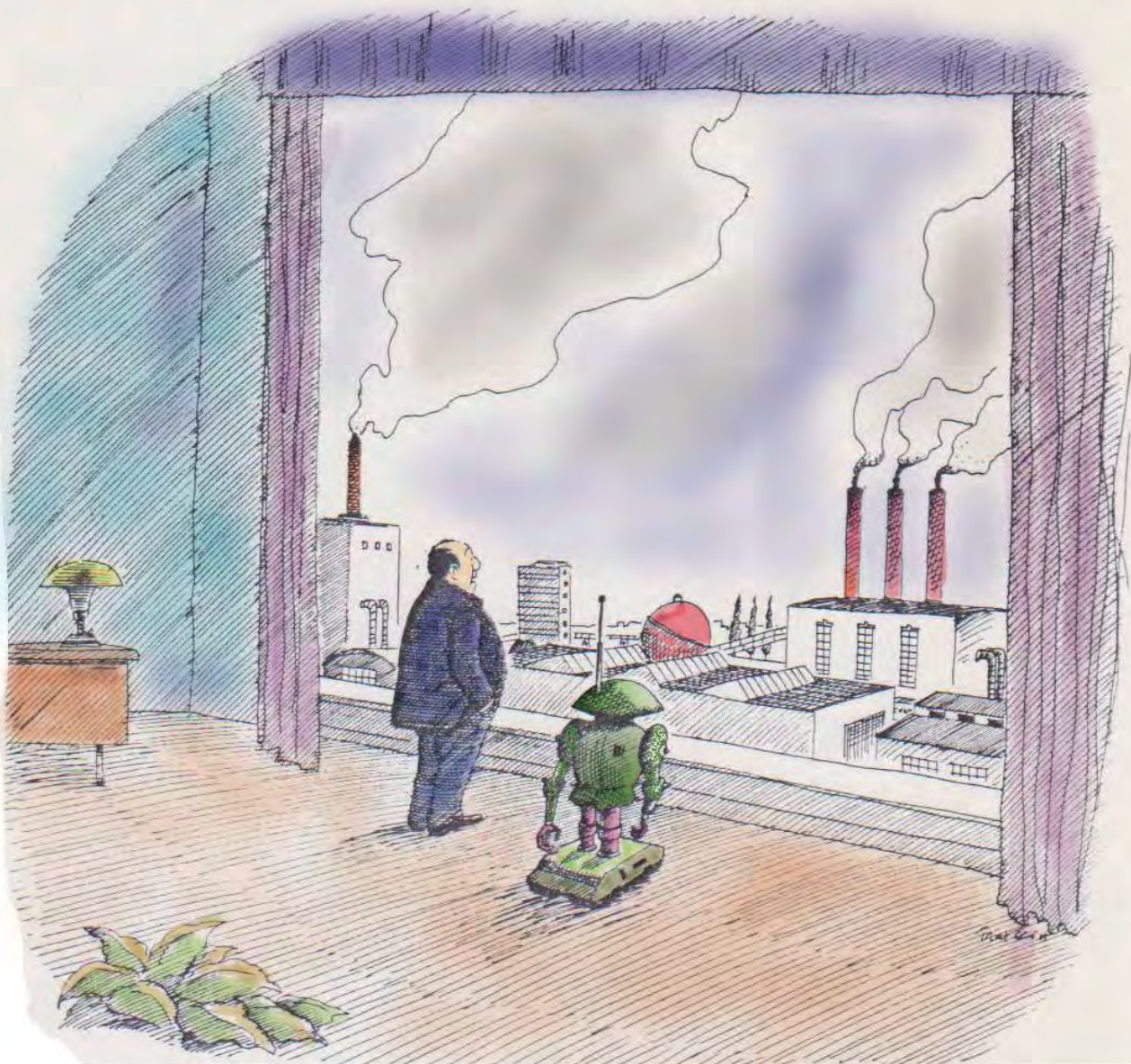


NR. 01

Frühjahr 2017

Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hessen | 28. Jahrgang

„Der Jugend gehört die Zukunft!“



„Das alles, mein Junge, wird eines Tages Dir gehören!“

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

es ist kaum zu glauben. 3,5 Milliarden Euro will der Bund 2017 – 20120 für sanierungsbedürftige Schulgebäude bereitstellen. Rechtlich möglich wird dies durch die beabsichtigte Aufnahme eines § 104c in das Grundgesetz, wonach entgegen bisheriger Rechtslage (Stichwort Kooperationsverbot) zukünftig bedeutsame Investitionen im Bereich der Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen ermöglicht werden. Beschlossen werden soll das Investitionsprogramm in Berlin

bis zum Sommer 2017, so dass etwa ab September die Landkreise und Städte als Schulträger ihre Förderanträge stellen können. Für Hessen sind im Programm 513 Millionen Euro vorgesehen, bei ca. 1 800 Schulen und 31 hess. Schulträgern.

Gute Bildung und gute Schulen brauchen gute Räume. Wie wichtig diese Aussage ist zeigt im Ansatz unsere Darstellung in diesem *insider* auf den Seiten 22 und 23. Auf dem landesweiten Bildungskongress der GEW Hessen am 30. Mai 2017 in Frankfurt wird es eine AG „Der Raum als 3. Pädagoge“ geben. Gute Beispiele für ästhetische und vielfältige Lern- und Arbeitsformen zulassende Räumlichkeiten werden zur Diskussion gestellt.

Dieter Riedel

Jürgen Hein ist tot!

Mit 82 Jahren verstarb Jürgen Hein nach einem erfüllten Leben am 26. März 2017. Jürgen war von 1990 bis 1996 mein Stellvertreter in der GEW-Landesfachgruppe Berufliche Schulen und Mitbegründer der Zeitschrift *insider*, die wir – die sog. „Viererbande“ – Anfang

1990 aus der Taufe hoben. Wir, das waren von links nach rechts: Dieter Riedel, Dieter Staudt, Dieter Koch und Jürgen Hein (Bild aus *insider* 3/91). Jürgen war bis zu seiner Pensionierung Lehrer an der Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach und kümmerte sich insbesondere um benachteiligte Jugendliche.



Lieber Jürgen, Friede sei mit dir, wo immer du auch bist und ein herzliches Dankeschön für dein vorbildliches ehrenamtliches Engagement.

INHALTSVERZEICHNIS

Alternative Fakes+ Facts	3
news	4
Digitalisierung in Technik und Schule	6
Lernen in Europa	8
HPRLL-intern	10
Lehrkräftemangel	12
Lehrende an beruflichen Schulen	13
InteA - eine Herausforderung	14
Neue Publikationen	16
Zeitgemäße kaufmännische Schule	17
Sportunterricht in InteA- Klassen	18
Gleichwertigkeit in Hochschulzugangsberechtigungen	20
Raum als 3. Pädagoge	22
Wirtschaft integriert	24
Behindertensport in Kasachstan	26
Reform der Verkaufsberufe	28
Besuch im BTZ Weiterstadt	30
Fortbildungen	31
Entstehung des Schachspiels	32

ALTERNATIVE FAKES + FACTS

An Vodafone Stiftung Deutschland Wissensschule.de

Sehr geehrter Herr Bestalozzi, als Politiklehrer in einer größeren Beruflichen Schule darf ich mich an Sie wenden. Sie wissen sicher, dass es unsere Aufgabe ist, junge Menschen für einen Beruf auszubilden bzw. darauf vorzubereiten und zugleich das dafür notwendige staatsbürgerliche Wissen zu vermitteln. Das gestaltet sich jedoch immer schwieriger – umso mehr, da wir von Seiten des Kultusministers so ziemlich allein gelassen werden.

Vor kurzem hat mich ein Kollege auf die großzügige Unterstützung aufmerksam gemacht, die Sie unserer Arbeit zukommen lassen. Doch erst die Vorkommnisse in der letzten Politikstunde haben mich nun veranlasst, meine Zuflucht bei Ihnen zu suchen. Ich gebe Ihnen gern Einblick in den Unterricht – in der Hoffnung, dass Sie dann umso gezielter ein Paket mit didaktischem Material zu den entsprechenden Themen – zum Wohle unserer Schüler- und Schülerinnen – zusammenstellen können (Gestatten Sie, dass ich letztere in der Folge mit unserem Kürzel „SuS“ abkürze – Sie wissen doch: Effizienz ist für uns oberstes Gebot!).

Eines sei noch vorausgeschickt: Ich unterrichte nun schon zwanzig Jahre das Fach Politik in verschiedenen Klassen und ich mache meine Arbeit gern. Die SuS haben immer meinen Unterricht geschätzt und meinen Ausführungen mit Interesse zugehört. Wahrscheinlich, weil meine Themen immer Top-aktuell sind. Verfolge ich doch am Abend vorher immer interessiert die Tagesschau und reduziere sie didaktisch und mundgerecht für unsere SuS. Bis neulich! Das Thema Bundeswehr war an der Reihe (leider hat der angefragte Reserveoffizier kurz vorher abgesagt, ich hätte ihm gerne als

aufrechter Staatsbürger die Doppelstunde überlassen). Resultat: vollkommen aus dem Ruder gelaufen!

Als Einstieg lege ich dar, dass unsere Armee die Aufgabe habe, unsere Grenzen zu schützen. „Fake“ ruft mir da Kai N. vorlaut dazwischen, „Terroristen zu bekämpfen“. – Ich kann ihn beruhigen und aufklären: Er habe wohl recht, was die Südgrenze betrifft; die Ostfront aber müsse gegen die anrollenden russischen Panzer geschützt werden, dazu würden jetzt 83 Panzer nach Osten verlegt. Uwe K. schreit ungefragt in die Klasse: „Fake – 3500 sind es“, zieht sein Smartphone heraus – und tatsächlich, es sind 3500 gepanzerte Fahrzeuge. Fake, Fake, mit Verlaub, sehr geehrter Herr Bestalozzi, ich glaube, ich werde verrückt, ich kann dieses Wort nicht mehr hören. Dieses Misstrauen! Nun, nach einer Weile fange ich mich wieder. Und argumentiere: Man müsse halt immer an die Alternativen denken: Frei oder von den Kommunisten überrollt. Und viele Menschen könnten sensible Daten eben nicht ertragen, meine liebe Frau zieht immer 5 Jahre ab, wenn jemand sie nach ihrem Alter fragt. Das sei doch keine Lüge, das sind halt alternative Fakten. Meine Freimütigkeit wirkt Wunder bei meinen SuS. Ich kann eins drauflegen: Übrigens gebe es ja auch alternative Medien, was man von dem einen nicht erfahre, das höre man von dem anderen. Das verstehen nun alle.

Ob sie denn keine Zeitung lesen würden – übernehme ich wieder die Initiative. Betretene Stille. Ein Mädchen, rote Haare, offenbar gefärbt, Kleidung komplett in Schwarz, hält die „Bild“ hoch. Alle lachen. Die letzte Mohikanerin. Uschi L. geht zum Gegenangriff über, dreht sich,

sodass alle das Titelblatt! sehen können: Sechs Frauen, im Gruppenfoto, gut aufgestellt, lächeln in die Kamera. Überschrift: Was haben diese sechs Frauen gemeinsam? – Nun? Alle SuS antworten durcheinander: „Gleichen Friseur“, „Wollen heiraten“, „Suchen Arbeit“, „Haben keine Kinder“. „Falsch geraten“, sagt die kleine Suffragette, „da steht es schwarz auf weiß: Alle Sechse Kriegsministerinnen der NATO. Die werden es mal den Männern zeigen. Alternative Fakten! Fakt you!“

Nun, Herr Bestalozzi, sie werden jetzt verstehen, warum ich mich an Sie wende. Und zu allem Überfluss das Neue Schulgesetz. Alle Augenblick was Neues: Medienkompetenz als Unterrichtsfach! Sie haben sicher davon gehört. Ganz ehrlich, Herr Bestalozzi, reicht es nicht, wenn wir Pädagogen Medienkompetenzen haben? Haben wir nicht gelernt, mit dem PC umzugehen, eine OH-Folie situationsgerecht einzusetzen oder ein Filmgerät zu bedienen?

Aber wir Pädagogen werden ja nicht gefragt. Doch wie ich Ihre Firma kenne, haben Sie auch hier schon längst etwas in Vorbereitung.

Schon im Voraus vielen Dank für Ihre großzügige Unterstützung!

Paul Anders, Studienrat

P.S. Kürzlich habe ich von Ihrem Programm der „Förderung von Sozialen Entrepreneurs“ gelesen. Suchen Sie dazu noch Teamer? Zwanzig Jahre Berufserfahrung mit schwierigen Kunden und Kundinnen könnten Ihnen sicherlich von Nutzen sein.

Ernst Hilmer

Zuwachs an beruflichen Schulen

An den beruflichen Schulen in Hessen werden erstmals seit 2009 wieder mehr Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Wie das Statistische Landesamt in Wiesbaden mitteilte, stieg die Zahl im laufenden Schuljahr 2016/17 leicht um 1 150 (0,6 Prozent) auf 187 800 Schülerinnen und Schüler. Der Zuwachs resultierte ausschließlich aus einem Anstieg der Teilnehmer in den Intensivklassen an beruflichen Schulen.

DE 15.02.2017

Aufwertung der Beruflichen Bildung

Am 16. März 2017 wurde es nach über 50 Jahren und unzähligen Anläufen wahr. Der bisherige Unterausschuss Berufliche Bildung der KMK wurde zu einem Hauptausschuss Berufliche Bildung „geadelt“.

Lehrer-Online Alles für guten Unterricht!

Lehrer-Online ist das größte redaktionell betreute Service- und Informationsportal rund um den Unterricht mit digitalen Medien. Unter www.lehrer-online finden Lehrkräfte aller Schulformen praxiserprobte Unterrichtsmaterialien. 2.000 komplette Unterrichtseinheiten zu lehrplanrelevanten Themen: Mit detailliertem Stundenverlauf, Methodenvorschlag und Materialien – direkt einsetzbar im

Unterricht. Arbeitsblätter und Kopiervorlagen für alle Fächer und Schulformen stehen zum Download zur Verfügung, rechtssicher im Unterricht einsetzbar.

Quelle: Lehrer-Online.de

Neue SBS-Schule

Mit der Hochtaunusschule in Oberursel als selbstständige berufliche Schule haben bisher 46 berufliche Schulen (SBS), davon vier rechtlich selbstständige berufliche Schulen (RSBS), den Weg zu einer „Selbstständigen Schule“ beschritten. Insgesamt gibt es in Hessen ca. 110 berufliche Schulen.

Aufgespießt

„Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) will die Vollverschleierung im öffentlichen Dienst durchsetzen.“

Aus: FR 01.03.2017

IT-Berufe werden neu geordnet

Das BIBB hat im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) und des Ministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) den Modernisierungsbedarf der vier dualen IT-Ausbildungsberufe untersucht. Zentrales Ergebnis ist, dass Anforderungsprofile, Inhalte und innere Struktur der Berufe zu überarbeiten sind. Bis Sommer 2017 sollen die Eckpunkte für die Neuordnung zwischen den Sozial-

partnern vereinbart worden sein. BIBB 21.02.2017.

UE Emotionsarbeit

In den neuen Materialien des DGUV-Schulportals „Lernen und Gesundheit“ geht es um Emotionsarbeit in Beruf und Privatleben. Die Schülerinnen und Schüler lernen Methoden kennen, die ihnen eine Neubewertung und Bewältigung emotionaler Situationen ermöglichen.

Näheres unter www.dguv-lug.de

Neues Portal für Flüchtlinge und Ausbildung

Die DGB-Jugend hat ein neues Internet-Portal „Welcome Solidarity“ freigeschaltet (www.jugend.dgb.de/refugees), auf dem sie in mehreren Sprachen (Englisch, Französisch, Farsi und Arabisch) Informationen zur Berufs(aus)bildung in Deutschland bereitstellt. Die Broschüre „**Berufsausbildung in Deutschland**“, die sich an junge Geflüchtete richtet und grundlegende Informationen zu Schulabschlüssen, Berufsorientierung, Bewerbung sowie zum Ausbildungsstart umfasst, und die Broschüre „**Deine Rechte in der Ausbildung**“ mit zentralen Informationen zu den Rechten von Auszubildenden, Jugendarbeitsschutz, Mitbestimmung und der Frage „Was tun eigentlich Gewerkschaften?“ stehen auch als Download in den genannten Sprachen zur Verfügung

Neues Informationsportal „Flüchtlinge und Ausbildung“

Die Internetseite bietet grundlegende und einfach verständliche Informationen zum Asylverfahren und zu den Voraussetzungen für den Einstieg Geflüchteter in die duale Ausbildung. Zudem werden die vom Bund geförderten Beratungs- und Unterstützungsangebote vorgestellt. Darüber hinaus bietet die Seite zahlreiche Hinweise auf kostenlose Publikationen und Downloads zum Thema und verlinkt auf andere informative Seiten. www.jobstarter.de/fluechtlinge-und-ausbildung

Azubi-App zu Berufswahl, Ausbildungsplatzsuche und Bewerbung

Vor etwa einem Jahr startete die Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Kampagne, um gemeinsam mit jungen Menschen eine Auszubildenden-App zu entwickeln, die Jugendliche bei der Berufswahl, der Ausbildungsplatzsuche und der Bewerbung unterstützt. So sollte gewährleistet werden, dass die App auch zu den Anforderungen der Zielgruppe passt. Wie das Ergebnis nun ausgefallen ist, welche Ideen umgesetzt werden konnten und welche noch bis zu zukünftigen Versionen warten müssen, das können Interessierte ab sofort in der AzubiWelt 1.0 begutachten. Die App gibt es im Google Play Store und im App Store zum kostenlosen Download.

Interessante Zahlen

- Die 2,8 Millionen heimischer Laster transportieren über drei Milliarden Tonnen Güter pro Jahr innerhalb Deutschlands
- Seit Anfang 2015 gilt in Deutschland ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn, seit Beginn dieses Jahres beträgt

er 8,84 Euro pro Stunde. Allerdings bekam 2015 fast jeder zweite Minijobber der knapp fünf Millionen immer noch weniger als den Mindestlohn, jeder Fünfte erhielt 2015 nicht einmal 5.50 Euro

- Knapp über eine Million Menschen war im Juni 2016 in der Leiharbeit beschäftigt, sowohl sozialversicherungspflichtig als auch ausschließlich geringfügig. Damit hat ihre Zahl erstmals die Millionen-Grenze überschritten.

Alle Zahlen aus ver.di publik 1/2017

15. Kinder- und Jugendbericht

Der aktuelle Kinder- und Jugendbericht zeichnet ein Bild der Lebenslagen und des Alltagshandelns von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Er untersucht die Rahmenbedingungen des Aufwachsens sowie Einflüsse von Digitalisierung, demografischer Entwicklung und Globalisierung und analysiert alterstypische Problemlagen.

Als Kernherausforderung werden die drei Begriffe Qualifizierung, Selbstoptimierung und Verselbständigung genannt.

» BMFSFJ: 15. Kinder- und Jugendbericht (PDF)

» BMFSFJ: Jugend ermöglichen! (PDF)

Jugend und befristete Beschäftigung

Mit einem befristeten Arbeitsvertrag hat man in Deutschland gute Chancen, zu den „working poor“ zu gehören – zu denen, die arbeiten, aber trotzdem arm sind. Das zeigt eine neue Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Danach hat fast jeder fünfte abhängig Beschäftig-

tigte unter 35 Jahren – 19,3 Prozent – nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Andersherum betrachtet: mehr als 60 Prozent aller befristet Beschäftigten in Deutschland sind jünger als 35.

Was heißt „arm trotz Arbeit“? Die betroffenen Beschäftigten verdienen auch mit einer Vollzeitstelle weniger als 1.100 Euro netto im Monat. Ihr Brutto-Stundenverdienst liegt damit auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns. An Zukunftsplanung ist bei solchen Verhältnissen kaum zu denken.

Aus: soli aktuell 01/2017

Der Becherwahnsinn

Durch die Coffee to go-Becher entstehen in jedem Jahr in Deutschland 40.000 Tonnen Müll. Stündlich werden 320.000 Coffee to go-Becher verbraucht. Jeden Tag mehr als 7 Millionen, in einem Jahr sind das fast 3 Milliarden Stück – nebeneinandergestellt würde diese Kette von Berlin bis Australien reichen. Für die Herstellung dieser Becher werden jährlich 64.000 t Holz, 29.000 t Papier, 11.000 t Kunststoff, 1,5 Milliarden Liter Wasser und 320 Millionen KWh Energie verbraucht.

Quelle: ZAW aktuell 2/2017

83 Millionen Menschen mehr

In der Neujahrsnacht lebten nach Berechnungen der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) 7,47 Milliarden Menschen auf der Erde. Dies sind rund 83 Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Jede Sekunde wachse die Weltbevölkerung damit um durchschnittlich 2,6 Personen.

*Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt*

DIGITALISIERUNG IN TECHNIK UND SCHULE

Wochenendseminar der Landesfachgruppe Berufliche Schulen

Beobachtungen, Erkenntnisse und Gedanken eines Teilnehmers

Einmal im Jahr geht die GEW-Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen in ein Wochenendseminar, diesmal am 3./4. März in Steinbach. Zwei Grundsatzreferate mit anschließender Diskussion standen im Mittelpunkt der Tagung.

Digitale Technik in der Arbeitswelt – Referent Wolfgang Hill

Inhaltlicher Schwerpunkt des Referats war die sogenannte 4. industrielle Revolution, die mit den Begriffen Industrie 4.0 oder Smart Factories umschrieben wird.

Wolfgang Hill machte anhand vieler Beispiele deutlich, dass es sich hier um intelligente, digital vernetzte Systeme handelt, mit deren Hilfe eine weitestgehend selbstorganisierte Produktion möglich wird: Menschen, Maschinen, Anlagen, Logistik und Produkte kommunizieren und kooperieren in

der Industrie 4.0 direkt, in Echtzeit miteinander. Produktions- und Logistikprozesse werden intelligent miteinander verzahnt mit dem Ziel, Produktionsprozesse noch effizienter und flexibler zu gestalten.

Alle bisherigen industriellen Revolutionen waren stets auch mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen - auch Verwerfungen - verbunden. Für die Protagonisten aus Industrie und Unternehmensverbänden sei Industrie 4.0, durch die enormen Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität, der Garant für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland und damit zur Steigerung der unternehmerischen Rendite. Damit dies gelinge müssten die Arbeitnehmer flexibler und mobiler werden und bereit sein, sich dem ständigen Wandel anzupassen. Arbeit in der „Smarten Fabrik“ muss künftig an allen möglichen Orten rund um die Uhr für die Unternehmen verfügbar sein. Auf Gewerkschaften und Betriebsräte kommen

hier entscheidende Aufgaben und Problemfelder zu.

Digitale Technik und Schule - Referent: Andreas Voigtländer

Andreas Voigtländer überschrieb die erste Folie seiner raffinierten Präsentation (Prezi Präsentationssoftware) mit:

Fit in die digitale Welt -... aus der Sicht eines Pädagogen

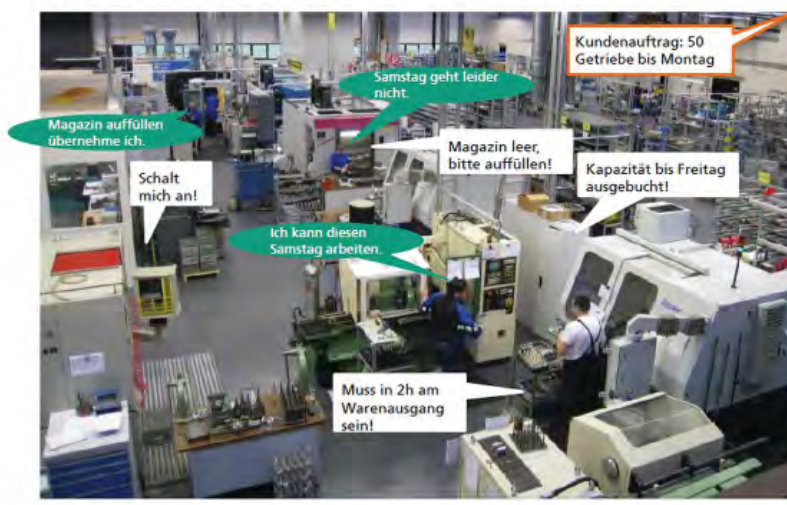
Folgerichtig legte er seinen Ausführungen die nachstehenden didaktischen Prinzipien zugrunde:

- Die Lernenden im Mittelpunkt
- Implementierung einer neuen Lernkultur
- Befähigung der Lernenden zum „Selbstorganisierten Lernen“
- Orts- und zeitunabhängige Bildungsmöglichkeiten
- Echte Medienkompetenz
- Nachhaltigkeit.

Echte Medienkompetenz ist für Kollegen Voigtländer mehr als die Anwendung des Office Pakets, das Eingeben eines Begriffs in Google oder das Spielen mit PC oder Konsole. Echte Medienkompetenz ist immer zusammen mit Sozialkompetenz zu verstehen und gibt dem Lernenden Werkzeuge an die Hand, die seinem Lerntempo, seiner Lernart entsprechen und ihn dazu befähigen, mit anderen in kommunikativen Prozessen Aufgaben und Probleme zu lösen.

Digitale Technik in der Schule kann so verstanden als Möglichkeit begriffen werden, den Lernenden zu helfen, in selbstorganisierten Lernprozessen ihre Kompetenzen im Sinne einer prozess- und gestaltungsorientierten Berufsausbildung

Industrie 4.0 - Vernetzte Objekte und Menschen entscheiden kooperativ



© Fraunhofer IAO, SAT Universität Stuttgart
PE

Fraunhofer
IAO

zu entwickeln. Hierbei werden auch Fähigkeiten gefördert, Informationen aus dem Internet auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu überprüfen. Die Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass eine solche Pädagogik auf die richtigen Rahmenbedingungen (räumlich/ sächlich) trifft. Einige dieser Voraussetzungen wurden unter den folgenden Begrifflichkeiten angesprochen und diskutiert:

- angemessene Lernumgebung,
- stabiles leistungsfähiges Wlan
- Einsatz von Lernplattformen
- Persönliche Lernumgebungen (PLE = Personal Learning Environment)
- Verwendung von Werkzeugen wie: Moodle, Mahara, Office 365, Prezi, WhatsApp, YouTube, Dropbox, Slideshare, etc.
- „Bring Your Own Device“, BYOD)
- Bildungscloud
- Lernnuggets
- Khan Academy

Dass dies alles nicht ohne professionelle Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrende umgesetzt werden kann wurde sehr schnell deutlich.

Einen Ausblick auf das, was technisch heute schon möglich ist, wurde den Teilnehmenden mit Hilfe von Kurzvideos u.a. über Microsoft Hololens oder einem Cyber Physical Lab der Firma Festo präsentiert.

Kollege Voigtländer endete mit der Forderung nach einem Pflichtfach Informatik in der Sekundarstufe 1 und 2.

Persönliches Fazit

Bei der Beschäftigung mit dem Thema Industrie 4.0 und den sich daraus ergebenden Forderungen an die Berufsbildung ging mir die These von Richard David Precht durch den Kopf, die er in einer Diskussion mit dem Journalisten Nikolaus Blome aufstellte. Gerade für eine

gewerkschaftliche Veranstaltung scheint mir diese von zentraler Bedeutung zu sein.

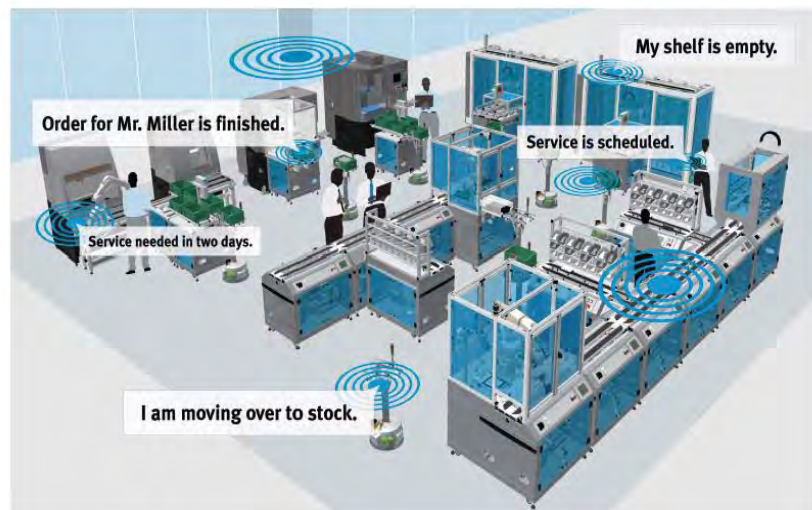
Während wir uns hier mit Qualifizierung und technischen Details auseinander setzen werden anderswo, z.B. auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos, Studien zur Zukunft der Arbeit wie die Oxford-Studie besprochen. Diese Studie geht davon aus, dass in Folge der 4. in-

Rendite das große gesellschaftspolitische Thema der Zukunft.

Soll die Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriften, mit den z. Z. beobachtbar politischen Folgen (Nationalisierung, Polarisierung, Androhung von Wirtschaftskriegen USA - China, Aufstieg von populistischen, rassistischen Parteien in USA, Europa, etc.) muss Politik auf den Wandel adäquat reagieren.

Lernfabrik 4.0

Qualifikation für die Produktion der Zukunft



dustriellen Revolution mutmaßlich die Hälfte der Arbeitsplätze in den nächsten 20 Jahren verschwunden sein werden, d.h. jeder Zweite in Deutschland keiner Lohnarbeit mehr nachgeht. Auch der Harvard-Professor und Ex-US-Finanzminister Larry Summers erwartet, dass weit mehr Jobs verlorengehen als neue entstehen und der Gesellschaft bald die Arbeit ausgehen könnte.

Der einzige Sinn von Investitionen in die Industrie 4.0 ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Renditen. **Aus Sicht der Beschäftigten wird somit die Verteilung der Automatisierungs-**

Die zu erwartenden radikalen gesellschaftlichen Veränderungen werden zu einem Umdenken auch im gewerkschaftlichen Umfeld in den nächsten 10 – 20 Jahre führen müssen. Wir müssen uns ernsthaft mit den Themen „Stärkung der sozialen Netze“ bis hin zu einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ auseinander setzen. Bei einer gerechten Verteilung der Automatisierungs-Rendite ist auch ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne weiteres finanzierbar.

Joachim Scheerer

LERNEN IN EUROPA - BILDUNGS- UND ERWERBSCHANCEN STEIGERN!

Niemand kann heute schon vorhersagen, wie die Arbeitswelt der Zukunft genau aussieht. Digitalisierung, Internationalisierung, Integration und demografischer Wandel verändern derzeit die Anforderungen am Arbeitsmarkt. Internationale Berufserfahrung und Fremdsprachenkenntnisse werden in der globalisierten Welt und mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt immer wichtiger. Durch Auslandsaufenthalte können Auszubildende diese Kompetenzen erwerben. Die Auseinandersetzung mit dem Leben im Gastgeberland, dem Lernen in der Partnerschule und dem Mitarbeiten im Austauschbetrieb führen zur persönlicher Grenzenerweiterung, zum Abbau von vorab eingenommenen Einstellungen und zu einem tieferen Werte- und Kulturverständnis.

Die beruflichen Schulen der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg bieten ihren Auszubildenden seit vielen Jahren berufliche Lernaufenthalte im Ausland an. Diese Projekte stehen für eine erfolgreiche Umsetzung des Europäischen Einheitsgedankens und als Beispiel gelungener europäischer Zusammenarbeit und Integration in der Berufsausbildung. Indem Werte wie Toleranz, Offenheit und das Interesse an anderen Kulturen gefördert werden, sind Projekte dieser Art ein Gewinn für alle Mitwirkenden.

Der Gelehrte Erasmus von Rotterdam steht als Namenspatron für das EU-Programm Erasmus+. Es fördert Jugendliche während ihrer Ausbildung, damit sie genau solche Erfahrungen sammeln können.

Was ist Erasmus+?

Erasmus+ ist ein EU-Programm, das es Auszubildenden ermöglicht, mehrere Wochen im Ausland zu leben und zu arbeiten. Sie sind aber nicht als Urlauber unterwegs, sondern erleben ihren künftigen Beruf in einem fremden Umfeld. Die Auszubildenden erhalten ein EU gefördertes Stipendium, das sie für ihre Reise und ihren Aufenthalt nutzen können. Hauptsächlich werden interessierte Teilnehmer über ihre Berufsschule ins Partnerland entsendet, die Kontakte zu Betrieben oder Partnerschulen hat und die Auslandspraktika mitorganisiert. Dort nehmen sie am Unterricht der Partnerschule teil und arbeiten im

mit in die Schule und ihren Betrieb. „Wir haben die Ausbildung in Tschechien hautnah miterlebt und haben auch Wochenenden bei tschechischen Familien verbracht. Mein Englisch hat sich verbessert, weil wir viel englisch sprechen mussten“, berichtet Diana Salgado, Elektronikerin bei Merck über ihren Lernaufenthalt in Sokolnice/Tschechien.

Das Programm Erasmus+ schafft win-win-Situationen für alle Beteiligten: Azubis bereiten sich auf die Berufswelt vor, Berufsschulen pflegen europäische Lernortkooperation und Unternehmen nutzen das Programm als „internationale Fortbildung“.



Partnerbetrieb mit. Sie absolvieren damit einen Teil ihrer Berufsausbildung im Ausland und erhalten weiterhin ihre Ausbildungsvergütung vom Heimatbetrieb. Während des Aufenthalts im Ausland erleben die jungen Auszubildenden Land, Kultur und Arbeitswelt aus der Perspektive ihrer Gastgeber, verbessern ihre Sprachkenntnisse und bringen neue Methoden oder Arbeitsweisen

Was bringt Erasmus+ den Auszubildenden?

Auszubildende bekommen Impulse für ihre persönliche und berufliche Entwicklung. Sie sammeln schon sehr früh in ihrem beruflichen Werdegang Erfahrungen im Ausland, und zwar in echten Arbeitssituationen. Dabei lernen sie nicht nur neue Prozesse und Verfah-

ren kennen, sondern wenden auch ihr theoretisches Wissen und praktisches Können an. Ebenso wichtig ist das Training, mit Kollegen aus anderen Kulturen und Sprachen zusammenzuarbeiten. Die neue Arbeitsumgebung wird dadurch immer vertrauter, das bringt Sicherheit im Umgang mit den Menschen und den Arbeits- und Geschäftsprozessen im Partnerbetrieb. Die Azubis bauen Vorurteile ab und entfalten Toleranz. Wer teilnimmt, erhält den Europass Mobilität – ein Zertifikat über ihren Auslandsaufenthalt, das einen Vorteil bei späteren Bewerbungen bietet.

Wie profitieren Unternehmen von Erasmus+?

Die Betriebe nutzen Lernaufenthalte im Ausland als Möglichkeit, ihre künftigen Facharbeiter zu fördern und zu motivieren. Angesichts von demografischem Wandel und Fachkräftemangel machen sich Arbeitgeber für potentielle Bewerber attraktiv. Sie profitieren von Know-how und Kontakten, die ihre Auszubildenden aus dem Ausland mitbringen. Vor allem geben sie ihren Azubis damit Impulse für deren persönliche und berufliche Entwicklung. Oder aus anderer Perspektive: Sie machen gezielte Personalentwicklung.

Was macht die Berufsschule?

Um möglichst vielen Auszubildenden aus unterschiedlichen Berufen europäische Lernaufenthalte anbieten zu können, haben die Heinrich-Emanuel-Merck-Schule, die Martin-Behaim-Schule (beide Darmstadt) und die Landrat-Gruber-Schule in Dieburg ein Erasmus+ Konsortium gegründet. Unterstützt werden die Berufsschulen von der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar und der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main. Dadurch können sie 160 Plätze für berufliche Lernaufenthalte im Ausland anbieten. Die Erfahrungen dieser beruflichen

Schulen sind groß. So organisieren sie seit Jahren im Rahmen von EU-Programmen Lernaufenthalte bei ihren Partnerschulen und -betrieben in Frankreich, Tschechien, Österreich, Spanien, Großbritannien, Lettland und Italien. Zur Zeit kooperiert die HEMS mit einer kasachischen Berufsschule, um zur Expo 2017 in Astana ihre Vorschläge zum Thema „Energie der Zukunft: Maßnahmen für weltweite Nachhaltigkeit“ zu präsentieren.

Das Konsortium hat ein tragfähiges und überzeugendes Austauschkonzept erarbeitet. Die jungen Menschen sollen im Ausland interkulturelle Kompetenzen erwerben, um sich selbstständig in ein anderes System einzupassen und sich darin zu behaupten.

Bewährt hat sich eine Besuchsdauer von drei Wochen.



Gute schulische und betriebliche Leistungen sind Voraussetzung für die Teilnahme. Die Auszubildenden werden von Schule und Betrieb gemeinsam ausgewählt. Das ist auch notwendig, denn sie sind immerhin Botschafter im Gastland. In zwölf Unterrichtsstunden werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an drei Samstagen sprachlich und kul-

turell auf ihren Auslandsaufenthalt vorbereitet. Sie lernen Alltags- und Fachbegriffe und Wertvolles über das politische und kulturelle Leben im Partnerland. Zudem erhalten sie praktische Tipps für die Partnerstadt.

Was sagen die Teilnehmer*innen?

Die Auszubildenden schätzen ihre neuen Erfahrungen und die Möglichkeiten, die sich ihnen bieten. In ihren Evaluations- und Erfahrungsberichten schreiben sie durchweg positiv: „Super“, „fachlich, methodisch, sozial und kulturell sehr viel gelernt“ oder: „total froh“, „sehr schöne Zeit“. Viele betonen, dass sie jederzeit wieder teilnehmen würden und ermutigen ihre Mitstreiter im Unternehmen und der Schule, diese „tolle Chance“ unbedingt zu nutzen.

Das sind Worte, die nicht nur Lohn und Bestätigung sind, sondern auch Motivation für die Berufsschulen, weiterhin junge Leute auf die Spuren von Erasmus von Rotterdam zu führen.

Gerald Hubacek
Heinrich-Emanuel-Merck-Schule
Darmstadt, (hck@hems.de)

Dem Hauptpersonalrat wurden die Rechtsgrundlagen für die Budgetierung und die Selbständigen Schulen, wie sie den Schulen auf der ISIS-Plattform vorliegen, zur Verfügung gestellt. Personalräte können diese bei r.becker.gew@gmx.de anfordern. Neben der VO-Klassengröße und der Pflichtstundenverordnung waren aus dem Bereich Berufsbildende Schulen die VO Sozialwesen, INTEA und der Schulversuch BÜA wichtige Punkte, die mit der Dienststelle erörtert wurden.

Verordnung Fachschule Sozialwesen

Die neuen Lehrpläne mit einer gänzlich anderen Stundentafel (Aufgabenfelder anstatt Fächer) wurden schon vor Längerem vorgelegt. Aus Schulen wurde berichtet, dass sie schon danach arbeiten bzw. von Schulleitung und Schulaufsicht gedrängt werden, danach zu arbeiten. Bisher fehlte eine Grundlage dafür. Im Januar wurde jetzt endlich ein Entwurf für eine Verordnung vorgelegt.

Der HPRL hat vor der Erörterung auf Grundlage von Rückmeldungen aus Schulen eine umfangreichen Fragekatalog formuliert, den das Ministerium relativ ausführlich beantwortete, sodass in der Erörterung nur noch einzelne Punkte diskutiert werden mussten. Es wurde in einzelnen Punkten zugesichert, dass die Regelungen im Entwurf der VO nochmals überprüft bzw. geändert würden. Es blieben jedoch noch viele strittige Punkte offen.

In seiner Stellungnahme kritisierte der HPRL die Vielzahl der kleinlichen Regelungen, die die Eigenständigkeit der Schulen beschränken. Zentrale Kritikpunkte des HPRL waren die Planung, Mentoring zu bewerten und als Ausschlussfach zu definieren und der vorgesehene Aufwand für die Präsentationsprüfungen.

Zu dem geplanten Fach Mentoring als Ausschlussfach erklärte der HPRL, dass er ein Mentoring für sinnvoll halte, aber unter der Bedingung, dass es nicht bewertet wird, und er forderte eine Streichung der Regelungen zur Bewertung des Mentorings.

Der HPRL fordert die Dienststelle auf, ihre Festlegung zu überdenken und für die Präsentationsprüfung und die Prüfung zur Staatlichen Anerkennung eine Gruppenprüfung zuzulassen. Darüber hinaus regte der HPRL an zu überlegen, durch eine Öffnungsklausel die Möglichkeit zu schaffen, den Zeitraum von vier Wochen zur Durchführung der Präsentationsprüfung zu erweitern.

Um die umfassenden Änderungen in Verordnung und Lehrplänen an den Schulen umsetzen zu können, forderte der HPRL von der Dienststelle eine Fortbildungs-sondermaßnahme mit ausreichenden Mitteln für die Fortbildungsveranstaltungen und für die Umsetzung an den Schulen.

Inwieweit die Forderungen des HPRL in die endgültige Verord-

nung und deren Umsetzung (Fortbildungs-sondermaßnahme) einfließen, ist noch nicht absehbar. Die vollständige Stellungnahme des HPRL kann bei r.becker.gew@gmx.de angefordert werden.

INTEA

Der neue INTEA-Erlass wurde mit der Dienststelle diskutiert und die kritischen Anmerkungen aus den Schulen vorgetragen. Reaktion bisher Fehlangeige. Weder zu Ressourcen, noch zu der Konzeption oder zu den Prüfungen gab es Entgegenkommen. Das HKM bleibt bei seiner Ansicht, dass Berufsbildung erst möglich ist, wenn die deutsche Sprache völlig beherrscht wird. Die jahrzehntelangen Erfahrungen in Berufsschulen werden negiert. Auch die mangelnde Ressourcenausstattung wird vom HKM permanent schön-geredet. Da sind dicke Bretter zu bohren.

Deshalb hat der GEW Landesvorstand zwei Beschlüsse gefasst. In dem einen beschreibt die GEW, wie sie sich die Integration von Zugewanderten vorstellt. Auf der Basis dieses Beschlusses formulierte die GEW in einem zweiten Beschluss ihre Kritik an INTEA. Beide Beschlüsse sind bei den Vertrauensleuten an den Schulen und sind in den Lehrerzimmern ausgelegt.

Um den Druck auf das HKM zu erhöhen ist es notwendig, dass sich die Schulen zu Wort melden. Deshalb beschließt in euren Schulen

auf Grundlage der GEW-Beschlüsse Resolutionen und sendet diese an das HKM, die Landtagsfraktionen, die GEW (r.becker.gew@gmx.de) und die Presse. Weitere Infos gibt es bei euren Vertrauensleuten oder bei r.becker.gew@gmx.de.

Ferienkurse in INTEA

Aus zwei Schulen wurde der Hauptpersonalrat über geplante Ferienkurse für ausgesuchte INTEA-Schülerinnen und Schüler zur Vorbereitung auf die externe Hauptschulabschlussprüfung informiert. Dies ist ein weiterer Versuch des Kultusministeriums, über die Beschulung von Geflüchteten Ferienunterricht einzuführen. Anstatt das INTEA-Konzept zu ändern, hält das Ministerium an seinem falschen Konzept fest und verdonnert direkt oder indirekt Lehrkräfte und Lernende zur Ferienarbeit.

Die Initiative zu den Ferienkursen ging von Stiftungen aus. Diese unterstützen die Ferienkurse mit wenigen Mittel im Vergleich zu dem, was das Land dazugibt. Das Anliegen der Stiftungen besteht im Wesentlichen darin, dass sie so für ihre Zwecke werben können. Den Großteil der Zeche für die falsche HKM-Politik zahlen dann der Steuerzahler und die betroffenen Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler.

Eine Anpassung des INTEA-Konzepts an die Erfahrungen in Berufsbildenden Schulen und eine bessere Stellenzuweisung für INTEA würde da eher helfen. Aber hier zeigte sich das HKM wenig einsichtig.

Schulversuch BÜA

Anfang Januar wurde die Auswahlentscheidung des Minis-

teriums getroffen und am 30. März war die Auftaktveranstaltung mit Minister und Input von der TU Darmstadt.

Es wurden 12 Schulstandorte bzw. Verbünde mit 26 beruflichen Schulen ausgewählt. In Kassel sind alle Schulen des Schulamtsbezirks als Schulverbund angetreten. Vier Anträge wurden abgelehnt, da das Antragskonzept nicht der Ausschreibung im Amtsblatt entsprach. Die 20 A12-Stellen und die Entlastungsstunden wurden in Absprache mit den Schulen verteilt.

Das Fortbildungskonzept ist noch nicht in Gänze ausgearbeitet. In ersten Workshops werden die Schulen auf die Umsetzung ab dem neuen Schuljahr vorbereitet. Die Dienststelle sicherte dem HPRLL zu, das fertige Konzept mit ihm zu erörtern und bei späteren Fortbildungen diese auch für Schulen zu öffnen, die nicht am Schulversuch teilnehmen.

Bisher wurde noch keine Steuerungsgruppe für den Schulversuch eingerichtet. Es ist nach den bisherigen Erfahrungen mit dem zuständigen Referat jedoch davon auszugehen, dass der HPRLL in dieser Steuerungsgruppe vertreten sein wird und somit eine kontinuierliche Berichterstattung zum Stand des Versuchs möglich sein wird.

Die externe Evaluation des Schulversuchs ist noch nicht beauftragt. Diese soll aber demnächst erfolgen.

Wer Anregungen und Kritik zum Schulversuch hat, kann sich vertrauensvoll an r.becker.gew@gmx.de wenden. Dort können auch weitere Infos angefragt werden.

VO-Klassengröße

Trotz der vielen Protestnoten aus allen Schulformen zu höheren Belastungen soll es keine Reduzierung der Klassenhöchst- und Mindestwerte geben. In einzelnen Schulformen des allgemeinbildenden Schulwesens und bei den Schulen für Erwachsene verschlechtern sich diese Werte sogar. Da muss das HKM die Frage beantworten, wie die geforderte Individualisierung von Lernprozessen in so großen Klassen möglich sein soll.

Pflichtstundenverordnung

Auch hier soll es außer der von der Landesregierung festgelegten Reduzierung der Pflichtstunden um eine halbe Stunde lediglich geringfügige Änderungen geben. Noch nicht einmal die Reduzierung von 41 auf 42 Wochenstunden soll vollständig auf die Lehrkräfte übertragen werden, eine Zeitstunde ist mehr wie eine halbe Pflichtstunde. Merkbliche Reduzierung der Pflichtstunden, Verbesserungen beim Schul- und Schulleitungsdeputat sind Fehlangezeigt trotz der immer neuen Anforderungen an die Lehrkräfte.

Der Entwurf der Pflichtstundenverordnung wird noch diskutiert. Grundlegende Änderungen sind wohl nicht zu erwarten. Die Ergebnisse der Erörterung mit dem HPRLL können den GEW Publikationen entnommen werden. Auch hier hilft anscheinend nur, unsere Proteste noch vielfältiger und lauter zu gestalten und bei der nächsten Landtagswahl auf die Wählerin oder den Wähler zu hoffen

Ralf Becker

EIN BESUCH IM KULTUSMINISTERIUM - LEHRKRÄFTEMANGEL AN DEN BERUFSBILDENDEN SCHULEN

Lehrkraftemangel ist ein Zustand, der die Berufsbildenden Schulen demgegenüber schon seit **20 Jahren** kennen.

Wie kann diesem Missstand abgestellt werden? Die Fachgruppe Berufsbildende Schulen hat dazu am 14.02.2017 das Gespräch mit Kultusminister Prof. Dr. Lorz gesucht. Birgit Koch, Ralf Becker und Jürgen Stockhardt hatten nicht nur besorgniserregende Zahlen, sondern vor allem konkrete Lösungsvorschläge im Gepäck, wie das HKM und das Land Hessen dieser Mangelwirtschaft entgegenwirken könnten.

ab, konkret im Berichtszeitraum von 1.400 auf 1.200 Lehrerinnen und Lehrer. Um 90% stieg die Zahl der Unterrichtenden mit dem Lehramt für allgemeine Schulen, in Zahlen ausgedrückt: von 870 auf 1.650 Lehrkräfte. Eine nahezu Verdreifachung lässt sich bei den Kolleg_innen aufzeigen, die ohne eine pädagogische Ausbildung an den hessischen Berufsbildenden Schulen unterrichten. Ihre Zahl stieg von 550 auf 1.400 Personen. Nicht eingerechnet sind hier die Ärzte/Ärztinnen, Tischler_innen, Bäcker_innen und viele andere Unterrichtende, die diese Arbeit nicht als ihren Haupterwerb ausüben.

Das HKM sieht nach wie vor die Laufbahnverordnung als unüberwindbares Hemmnis, ebenso sieht das HKM keine Möglichkeit, hier regelnd einzugreifen und etwa das Lehrerbildungsgesetz zu ändern. Verwiesen wurde dem gegenüber auf die 20 neuen Bewährungsaufstiegsstellen A 12 im Rahmen von BÜA.

Wir haben ebenso die Forderung vorgetragen, die Hochschulen für Meister und Techniker dergestalt zu öffnen, dass diese direkt zum Masterstudiengang zugelassen werden.

Das HKM erklärte, dass ein Qualifikationsprogramm über die Lehrkräfteakademie aufgelegt werde. Das Programm sei fertig. Hier soll es darum gehen, FH-Absolventen zum Lehramt an Beruflichen Schulen zu qualifizieren und diese dann fest einzustellen. Wir haben an dieser Stelle angemerkt, dass bei der Anstellung in der Tarifierung unbedingt die Anerkennung von förderlichen Zeiten, z.B. einer Berufsausübung erfolgen muss.

Das Problem des Lehrkräftemangels an den Berufsbildenden Schulen ist alt.

Das HKM hat zu lange untätig den Mangel verwaltet und nie strukturell eingegriffen. Ob sich zukünftig etwas strukturell bewegen wird ist angesichts der bisherigen Praxis eher zu bezweifeln.

Ein „Weiter so!“ bringt uns an den Schulen jedenfalls nicht voran. Die GEW aber bleibt an dem Thema dran.

Birgit Koch

Es gibt keine andere Schulform mit einer derart vergleichbar schlechten qualitativen Aufstellung des Lehrpersonals wie die Berufsbildenden Schulen. Man stelle sich vor: An einer Grundschule oder gar einem Gymnasium würden lediglich 55% aller Lehrenden ausgebildete LehrerInnen mit Lehramt dieser Schulform sein. Ein Aufschrei ginge

durch das Land.

Die GEW Hessen hat in der Vergangenheit mehrfach und auch am 14. Februar Vorschläge unterbreitet, die dazu beitragen können, diesen Missstand zu beheben.

Abgeblitzt sind wir wieder einmal mehr mit unserem Vorschlag, Fachlehrer_innen zu qualifizieren. Nach einem Modell der GEW sollte ihnen die Möglichkeit eröffnet werden – unter erträglichen Bedingungen - ein Lehramt zu erwerben.

Zahlen aus dem Statistischen Landesamt belegen, dass die Zahl der an den Berufsbildenden Schulen tätigen Lehrkräfte in der Zeit von **Schuljahr 1999/2000 bis Schuljahr 2014/2015** von 7.900 auf 9.600 anstieg. Der Anteil von Berufsschullehrer_innen mit 2. Staatsexamen blieb mit ca. 5.200 Kolleg_innen zahlenmäßig konstant, weist aber an der Gesamtlehrerschaft einen Rückgang von 64% auf 55% aus. Der Anteil der Fachlehrer_innen nahm um 13%



LEHRENDE AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN IN HESSEN

Im Schuljahr 2015/16 unterrichteten an den BS hauptamtlich insgesamt 9.538 Lehrende:

- 5.239 L. mit dem Lehramt an BS = 54,9%
- 1.662 L. mit dem allg. Lehramt = 17,4%
- 1.237 at. FL = 13,0%
- 1.400 L. ohne Lehramt = 14,7%.

Auffallend ist, dass in den letzten 10 Jahren der Anteil der Personen mit Lehramt an BS mit 5,8% unterdurchschnittlich zugenommen hat, im Unterschied zu den Personen mit allg. LA mit 37,8% und den Personen ohne LA mit 28,0%. Die Zahl der at.FL hat demgegenüber mit 10,0% abgenommen.

Dass die Zahl der Personen mit allg. Lehramt deutlich zugenommen hat erstaunt nicht, da insbesondere

die studienqualifizierenden Bildungsgänge BG und FOS in diesen Jahren mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten aufwarten.

Was allen, v.a. aber dem HKM, Kopfschmerzen bereiten müsste ist der mit knapp 15% hohe und ständig gewachsene Anteil von Personen ohne Lehramt bzw. ohne Lehrbefähigung. Wenn dasselbe HKM im Schreiben vom 20.10.2015 (s. *insider* 4/2015 S. 16) an den Landtag ausführt

„Von einem steigenden Bedarf an L. und L. mit dem Lehramt an beruflichen Schulen kann generell nicht gesprochen werden“, so hat es diese Zahl und die steigende Tendenz jedenfalls noch nicht zur Kenntnis genommen. Die GEW fordert für diese Personen ohne pädagogisch/didaktische Ausbildung eine entsprechende Nachqualifizierung

durch die Studienseminare.

Der Übergangsbereich hat in der Vergangenheit deutlich abgenommen und wird – politisch gewollt – weiterhin schrumpfen. Damit aber werden die Arbeitsfelder, die bislang vornehmlich durch at. FL abgedeckt wurden, weniger Stunden benötigen. Auch von daher fordert die GEW schon seit langem die Eröffnung von Weiterqualifizierungsmaßnahmen für at. FL zum Erwerb des Lehramtes.

Die Hoffnung, dass das HKM diese Zahlen endlich zur Kenntnis nimmt und entsprechende Maßnahmen ergreift ist gering. Das zeigt einmal mehr das enttäuschende Gespräch mit Kultusminister Lorz am 14.02.2017. Ohne politischen Druck aber wird die Hoffnung noch geringer.

Dieter Staudt

Hauptamtlich Lehrende an den beruflichen Schulen nach Lehramt / Lehrbefähigung vom Schuljahr 2005/06 bis 2015/16					
	Lehrende	LA BBS	LA Allg.	at. FL	Ohne LA
SJ 2015/16	9 538	5 239	1 662	1 237	1 400
SJ 2014/15	9 580	5 275	1 652	1 239	1 414
SJ 2013/14	9 552	5 157	1 524	1 248	1 623
SJ 2012/13	9 486	5 095	1 425	1 208	1 758
SJ 2011/12	9 445	5 184	1 360	1 167	1 734
SJ 2010/11	9 390	5 169	1 351	1 146	1 724
SJ 2009/10	9 345	5 177	1 350	1 126	1 692
SJ 2008/09	9 076	4 958	1 281	1 151	1 686
SJ 2007/08	8 998	4 958	1 286	1 357	1 397
SJ 2006/07	8 941	4 991	1 290	1 399	1 261
SJ 2005/06	8 625	4 950	1 206	1 375	1 094
2005/06-2015/16	+ 913	+ 289	+ 456	- 138	+ 306
Änderung %	+ 10,6	+ 5,8	+ 37,8	- 10,0	+ 28,0

LA BBS = Lehrkräfte mit Lehramt für Berufliche Schulen
 LA Allg. = Lehrkräfte mit Lehramt an allgemeinbildenden Schulen
 Ohne LA = Lehrende ohne Lehramt oder Lehramtsbefähigung
 Hauptamtlich bedeutet mit mehr als der Hälfte der Pflichtstunden

*Zahlen nach Statistischem Landesamt
 Dieter Staudt, Ralf Becker,
 eigene Berechnungen*

INTEA – EINE HERAUSFORDERUNG FÜR BERUFLICHE SCHULEN IN HESSEN

Das Sprachförderprogramm „InteA“ (Integration durch Anschluss und Abschluss) des Hessischen Kultusministeriums, das derzeit mit 411 Lerngruppen an den Beruflichen Schulen durchgeführt wird, stellt sowohl die hessischen Lehrkräfte als auch die Schulleitungen vor große Herausforderungen.

Laut Erlass vom 9. November 2016 handelt es sich bei „InteA“ (Integration durch Anschluss und Abschluss) um eine Intensivsprachfördermaßnahme für Flüchtlinge, Spätaussiedler und Zuwanderer ohne Deutschkenntnisse an beruflichen Schulen im Rahmen der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung. In InteA können sie ohne für den Schulbesuch der allgemeinen Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung ausreichende Deutschkenntnisse ab dem Alter von 16 Jahren bis zum vollendeten 18. Lebensjahr für max. zwei Jahre aufgenommen werden.

Im Umfang von 3000 Plätzen können auch Geflüchtete aufgenommen werden, wenn sie beim Eintritt in die Maßnahme über 18 Jahre und höchstens 20 Jahre alt sind (dieses Kontingent ist jedoch längst erschöpft). Der Klassenteiler für InteA-Klasse beträgt 20 Schülerinnen und Schüler (außer in Alphabetisierungsklassen) bei einer Zuweisung von 28 Wochenstunden je Klasse (20 Wochenstunden DaZ, 8 Wochenstunden sprachaffiner Fachunterricht).

Der InteA-Erlass legt fest, dass keine Abschlüsse im Rahmen der Verordnung der Bildungsgänge zur

Berufsvorbereitung möglich sind, sondern nur externe Hauptschul- oder Realschulabschlussprüfungen. Diese Abschlussprüfungen in Deutsch aber orientieren sich nicht am Sprachunterricht in DaZ, sondern an Deutschprüfungen der entsprechenden Schulformen. Die Deutschprüfung ist für InteA Schülerinnen und Schüler auch

Für InteA Abgänger mit einer Duldung und Asylbewerber/innen aus Syrien, Iran, Irak, Eritrea und Somalia ist über die Bundesagentur für Arbeit eine Maßnahme von max. 12 Monaten zur weiteren Sprachförderung und Ausbildungs- und Berufsvorbereitung (PerjuF = Perspektiven für junge Flüchtlinge unter 35 Jahren) möglich sowie eine Einstiegsqualifizierung (vorrangig für Personen unter 25 Jahren) von 6 bis 12 Monaten. Für Asylberechtigte und Asylbewerber/innen aus Syrien, Iran, Irak, Eritrea und Somalia ist außerdem der Zugang zu einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme der Agentur für Arbeit möglich. Daneben werden vom Hessischen Kultusministerium Plätze in schulischen berufsvorbereitenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Aufgrund der sprachlichen Anforderungen in der dualen Berufsausbildung und der noch oft ungeklärten Bleibeperspektive wird vermutlich nur ein ganz geringer Anteil der InteA Abgänger in eine duale Ausbildung münden.

nach zwei Jahren DaZ eine große Hürde, auf Grund des zu großen Textvolumens, des sprachlichen Niveaus und der fehlenden Berücksichtigung von Vorleistungen, wie dies in der Haupt- oder Realschule möglich ist.

Das Kultusministerium geht davon aus, dass weniger als 10% der InteA-Schülerinnen und Schüler diesen Vorgaben entsprechen. Dies bedeutet, dass über 90% der Schülerinnen und Schüler InteA ohne Abschluss verlassen werden. Im Sommer 2017 werden die ersten InteA-Klassen die Sprachfördermaßnahme beenden. Für die externen Hauptschulab-

schlussprüfungen sind rund 25% der InteA Schülerinnen und Schüler zugelassen. Wie viele die Prüfungen tatsächlich bestehen bleibt abzuwarten. Der überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler aus InteA wird im Anschluss in eine Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit oder in eine schulische berufsvorbereitende Maßnahme münden, da weder ausreichende Deutschkenntnisse für eine erfolgreiche Berufsausbildung noch ein deutscher Schulabschluss vorhanden sind.

enden, da weder ausreichende Deutschkenntnisse für eine erfolgreiche Berufsausbildung noch ein deutscher Schulabschluss vorhanden sind.

An den Kaufmännischen Schulen in Hanau werden seit diesem Schuljahr drei InteA-Klassen unterrichtet. Die eingesetzten Lehrerinnen und Lehrer wurden eigens dafür eingestellt.

Die Schülerinnen und Schüler in den InteA-Klassen sind für unsere Schule einerseits eine große Herausforderung, andererseits eine große Be-

reicherung. Sie eröffnen den Lehrerinnen und Lehrern in der Klasse und der Schulleitung Einblicke in ihre Lebensverhältnisse, Traditionen in den Herkunftsländern und über deren Vorstellungen von einem Leben in Deutschland sowie deren Ängste und Nöte.

Die Schülerinnen und Schüler begegnen den Lehrkräften überwiegend mit großem Respekt. Sie lernen gerne und erleben die Schule als vertrauten Ort auch für ihre Probleme und Sorgen. Sie erleben in der Schule die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft. Ein Teil der



geflüchteten Schülerinnen und Schüler sind unbegleitete Jugendliche und Heranwachsende, die eine schlechte Bleibeperspektive haben. Eine große Herausforderung für die Lehrkräfte und die sozialpädagogische Betreuung ist der ungesicherte Status der asylsuchenden jungen Menschen. Kaum waren die Schülerinnen und Schüler an der Schule angekommen, wurden die ersten Asylanträge abgelehnt. Derzeit laufen Klagen gegen die Entscheidungen, wobei die Anwaltskosten für die Betroffenen zunehmend ein Problem darstellt, da sie das Geld für eine Klage selbst aufbringen müssen. Diese Schülerinnen und Schüler wollen deshalb InteA möglichst schnell abschließen, d.h. an den externen Hauptschulabschlussprüfungen teilnehmen, um das benötigte Geld auf den Arbeitsmarkt verdienen zu können.

Obwohl die Schülerinnen und Schüler vom Aufnahme- und Beratungszentrum getestet und den Schulen zugewiesen werden, ist die Zusammensetzung der Klassen in InteA äußerst heterogen. Die Schülerinnen und Schüler kommen aus Ländern mit unterschiedlichen Herkunftssprachen, mit unterschiedlichem Zugang zu Bildung und aus Bildungssystemen, die keine Schulpflicht kennen.

Ein Teil der Schülerinnen und Schüler erlernt die deutsche Sprache sehr schnell, andere machen kaum

Fortschritte oder haben in Teilbereichen wie Sprechen/Hören oder Schreiben oder Lesen Probleme. Bei vermeintlich alphabetisierten Schülerinnen und Schüler stellt sich vor Ort heraus, dass dies nicht immer der Fall ist. Ohne Alphabetisierungsklasse an der Schule ist die Beschulung

dieser Schülerinnen und Schüler sehr schwierig und bei 20 Schülerinnen und Schüler eine große Herausforderung.

Die große Heterogenität durch Schülerinnen und Schülern aus anderen EU Ländern sowie aus arabisch und persisch sprechenden Herkunftsländern erfordert eine hohe Flexibilität innerhalb des DaZ Unterrichts. Die Lerngruppen

werden in regelmäßigen Abständen nach Lernfortschritt neu zusammengesetzt. Außerdem wurde je ein Wahlpflichtkurs von zwei Stunden wöchentlich innerhalb des DaZ Unterrichts eingerichtet, um Defizite im Schreiben oder im Lesen oder im Hören/Sprechen zu beheben und so die Sprachentwicklung insgesamt gleichmäßig zu fördern.

Vielen Schülerinnen und Schüler ist es fremd, sich für versäumten Unterricht wegen Behördengängen oder Krankheit schriftlich zu ent-

schuldigen oder in Vorleistung für eine Fahrkarte zur Schule zu gehen. Das Aufbewahren der Fahrkarten für die spätere Erstattung muss von diesen Schülerinnen und Schülern erlernt werden. Unverständnis macht sich unter den Schülerinnen und Schülern breit, wenn eine Erstattung nicht möglich ist, da die Fahrkarte nicht mehr auffindbar ist. Sie glauben oft, dass ein Anruf der Schulleitung die fehlende Fahrkarte ersetzen könnte.

Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich hierauf und mit den Problemen der Schülerinnen und Schüler und bezüglich der Traumatisierung nicht ausreichend vorbereitet. Trotz sozialpädagogischer Betreuung sind die täglichen Probleme der geflüch-



teten Schülerinnen und Schüler für die Lehrkräfte eine große Herausforderung, aber auch Bereicherung in ihrer pädagogischen Arbeit, die von allen Beteiligten mit viel Engagement und der nötigen pädagogischen Kreativität und Flexibilität angenommen wird. Ich empfinde diese Klassen als große Bereicherung für unsere Schule, trotz oder wegen der vielen neuen Herausforderungen.

Lioba Boll

neue Publikationen

Hate Speech - Hass im Netz Informationen für Fachkräfte und Eltern AJS, LfM, 2016. 28 S.

Hetze, Hass und Diskriminierung finden im Internet immer mehr Verbreitung – besonders in Sozialen Netzwerken, Foren und Kommentarspalten. Für dieses Phänomen hat sich auch im deutschen Sprachgebrauch der Begriff Hate Speech durchgesetzt. Hate Speech ist kein reines Netzphänomen, sondern greift reale Macht- und Diskriminierungsstrukturen auf. Doch wie lässt sich Hate Speech erkennen und was kann man dagegen tun? Diese Broschüre soll dabei unterstützen, Hate Speech auch in ihren subtileren Spielarten zu identifizieren und Handlungsoptionen zu entwickeln, um online und offline menschenfeindlichen Aussagen wirksam entgegenzutreten.



Die in Kooperation mit klicksafe erstellte Broschüre richtet sich vor allem an Fachkräfte und Eltern und gibt konkrete Tipps für die (medienpädagogische) Arbeit mit Jugendlichen.

Die Broschüre kann bei der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) bestellt (Maximale Bestellmenge: 35) oder bei der Redaktion als PDF angefordert werden.

Methodentraining für den Politikunterricht I Mikro- und Makromethoden Hrsg. Frech/Kuhn/Massing

Dem Vorwort zufolge leisten Unterrichtsmethoden die Vermittlung von inhaltlichen Zielen, indem sie den

Unterrichtsgegenstand und den Unterrichtsverlauf strukturieren. Die Aufgabe von Unterrichtsmethoden sei es, optimale Bedingungen für die Begegnung von Lernenden und Inhalten herzustellen.

Wenn Methodenkompetenz der Lernenden ein Ziel des Politikunterrichts sei, so setze dieses Ziel voraus, dass Lehrerinnen und Lehrer selbst über Methodenkompetenz verfügen. Die einzelnen Beiträge bieten eine neue Art der Darstellung, die möglichst viele

und konkrete Unterrichtssituationen und Unterrichtserfahrungen einbezieht. Ausgesucht wurden vor allem solche Methoden, die auf den Kern des Faches zielen und dazu beitragen, Erkenntnisse und Einsichten in das Politische zu ermöglichen.



Methodentraining für den Politikunterricht II Arbeitstechniken, Sozialformen, Unterrichtsphasen Breit/Eichner/Frech/Lach/Massing

Dem Vorwort zufolge führen mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler Lernschwierigkeiten darauf zurück, „dass sie nicht über Methoden und Techniken zur Planung und Steuerung ihres eigenen Lernens verfügen“ (Hilligen). Arbeitstechniken müssten daher in politischen Bildungsprozessen sorgsam vermittelt und eingeübt werden. Sie ließen sich zum einen als Teil des Unterrichtsprozesses während des Politikunterrichts erlernen. Sie könnten aber auch direkt Gegenstand von Politikunterricht sein.

Es wurden vor allem solche Arbeitstechniken und Sozialformen ausgesucht, die auf den Kern des Faches zielen und die helfen, sich selbst Politik zu erschließen, Erkenntnisse über Politik zu vermitteln sowie Einsichten in das Politische zu erleichtern. Problemaufriss, Praxisbeispiele sowie politikdidaktische Kommentierung werden in jedem Beitrag dargestellt. Danach folgen die Darstellung von Alternativen bzw. Optimierungsmöglichkeiten.

Im *insider* 3/2016 erschienen mehrere Artikel zum Thema zeitgemäße/zukunftsorientierte berufliche Schule. Einen Aspekt für den kaufmännischen Bereich möchte ich hier gerne aufgreifen.

ZEITGEMÄSSE KAUFMÄNNISCHE BERUFLICHE SCHULE

Für uns spielt das Rechnungswesen eine zentrale Rolle in der Ausbildung von Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden. Zur Vermittlung bedienen wir uns u.a. nach wie vor den bewährten T-Konten. Hinzu kommen Softwareprogramme aus dem Office-Bereich. Aber was ist mit sog. Integrierter Unternehmenssoftware IUS (ERP)?

In der betrieblichen Praxis seit Jahrzehnten etabliert bildet IUS einen Paradigmenwechsel in der Bearbeitung von Geschäftsprozessen. Haben wir angemessen darauf reagiert? Nein, bei den Beruflichen Schulen in Hessen lässt sich nur sehr vereinzelt der Einsatz dieses aktuellen Arbeitsmittels registrieren. Obwohl alle Rahmenlehrpläne einen Einsatz von IUS ermöglichen. Als Beispiel hierfür der RLP für *Kaufmann und Kauffrau für Büromanagement* aus dem Jahr 2013:

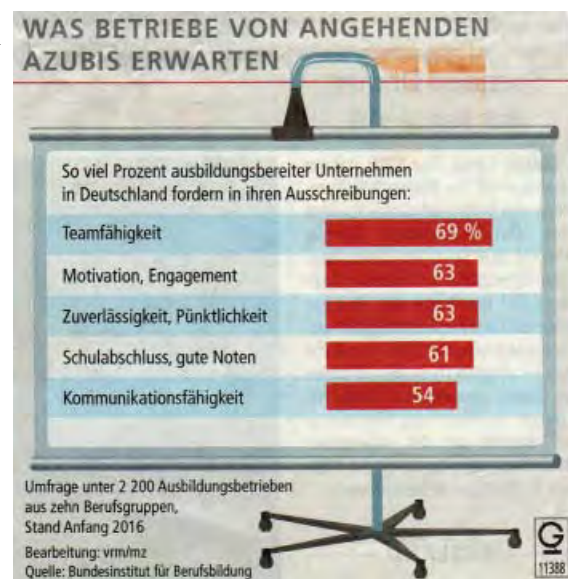
„Neben dem Einsatz von Programmen zur Textverarbeitung, zur Tabellenkalkulation und zur Präsentation empfiehlt sich auch der Einsatz von Unternehmenssoftware [Hervh. VR] zur Unterstützung der Lernprozesse.“ (Teil IV Berufsbezogene Vorbemerkungen)

Die Gründe für ein Versagen in diesem Bereich sind vielfältig. Zum einen gibt es keinen Anreiz für Schulleitungen und Kolleginnen und Kollegen, sich an dieses Thema zu wagen. Auch Schulungsange-

bote der Hessischen Landesstelle für Technologiefortbildung (HLFT) in Groß Gerau hatten keine große Resonanz bei den Kolleginnen und Kollegen. Zum anderen gibt das HKM aber auch nicht genügend Anstoß zum Einsatz von IUS in der Schule, obwohl das HKM in einem Schulversuch (2003-2005) den Nachweis für einen erfolgreichen Einsatz von IUS in beruflichen Schulen erbracht hat.

Die Notwendigkeit, für die Berufliche Schule in diesem Bereich tätig zu werden, ist hinlänglich dargestellt (BiBB 2016). Vielfach wurde auch schon aufgezeigt, wie ein Einsatz von IUS gestaltet werden kann (Pongratz 2012). Es geht nicht darum, in der Didaktik z. B. auf T-Konten zu verzichten. Aber die Schule darf den Anschluss an neue Entwicklungen in diesem Bereich nicht weiter verpassen und sich bestimmten Themen verschließen.

Es bleibt zu fürchten, dass in 10 Jahren dieser Text mit gleicher Gültigkeit nochmals im *insider* abgedruckt werden kann.



Literatur:

- + *BiBB (2016): Digitalisierung der Arbeitslandschaften, Berlin*
- + *Pongratz, H. (2012): Implementierung von ERP-Systemen in den Unterricht an beruflichen Schulen (Diss.), Erlangen-Nürnberg*

Volker Rossbach
Berufsschullehrer

Anmerkung (DS): Müsste das Plädoyer für den Einsatz von IUS nicht dahingehend ergänzt werden, wie sich dieser in einen größeren Kontext einrahmen lässt? Dazu stellen sich z.B. folgende Fragen:

- 1.) Streichen wir andere Lerninhalte?
- 2.) Wenn wir 1.) verneinen, wo kommt die Zeit her?
- 3.) Können sich die Schulen den Erwerb solcher Software leisten?
- 4.) Welche konkrete Software nutzt eine Schule ... ?

SPRACHFÖRDERUNG IN INTEA-KLASSEN IM SPORTUNTERRICHT AN BERUFLICHEN SCHULEN

Zwei „best practice“-Beispiele der Martin-Behaim-Schule (MBS) Darmstadt zeigen, wie der Sportunterricht bei Intea-Klassen einen Beitrag zum sprachlichen Kompetenzerwerb der Lernenden leisten kann.

Renkende, springende oder werfende Schülerinnen und Schüler im Sportunterricht an beruflichen Schulen sind für Sportlehrkräfte keine Besonderheit.



Können Lernende zwar motorische Bewegungen ausführen, sind aber aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht in der Lage, solche Aktionen in deutscher Sprache zu verstehen oder zu kommunizieren, schafft solch eine Situation vielseitige Herausforderungen für alle Beteiligten. Insbesondere im Sportunterricht der Intea-Klassen (Integration durch Anschluss und Abschluss) – Intensivklassen zur Sprachförderung an beruflichen Schulen – besitzt das Thema Sprachvermittlung eine hohe Relevanz. Wie sprachlicher Kompetenzerwerb im Rahmen eines zeitgemäßen Sportunterrichts gelingen kann, soll folgend anhand zweier Beispiele an der MBS Darmstadt aufgezeigt werden.

Der Doppelauftrag eines erziehenden Sportunterrichts in Form der Vermittlung von Bewegungs- und Allgemeinbildung stellt die Grundlage für die Sprachförderung dar. Die Auseinandersetzung der Schülerschaft mit Bewegung soll deren motorische Kompetenzen fördern. Gleichzeitig sollte Schülerinnen und Schülern im Sportunterricht die Gelegenheit zur (Weiter-)Entwicklung von fachübergreifenden Kompetenzen wie z. B. Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidaritätsfähigkeit gegeben werden. Eine notwendige Bedingung hierfür stellt die Kommunikationsfähigkeit der Akteure dar. Die zahlreichen Jugendlichen, die aktuell im Rahmen des „Hessischen Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ in Intea-Klassen unterrichtet werden, haben im Bereich der deutschen Sprache noch großes Entwicklungspotenzial. Um die sich im Zusammenhang mit Bewegung ergebenden Lernchancen auf dem Gebiet der Sprachförderung zu nutzen, hat die MBS hierfür im Rahmen des Sportunterrichts mehrere Maßnahmen getroffen. Zum *einen* wird der Sportunterricht von Intea-Klassen zeitgleich zu dem der Berufsschulklassen in der Sporthalle durchgeführt. Zum *anderen* wird den jungen Geflüchteten durch Projektunterricht u. a. eine Fußball-AG angeboten, womit das Sportangebot eine Erweiterung erfährt. Die mit diesen beiden Rahmenbedingungen verbundenen Möglichkeiten für Lernende und Lehrende sind vielfältig und innovativ zugleich.

So haben sich die Sportlehrkräfte entschlossen, Intea- und Berufs-

schulklassen durch *Teamenteaching* gemeinsam zu unterrichten. Diese besonders für heterogene Lerngruppen geeignete Unterrichtsform, bei der zwei Lehrende gemeinsam den Unterricht durchführen, ermöglicht die Gestaltung von Lernarrangements zur individuellen (Sprach-)Förderung der Schülerinnen und Schüler, ohne dabei die für das Unterrichtsfach Sport elementare Bewegungszeit grundlegend zu vernachlässigen. Bei einem Sportunterricht, in dem sich Schülerinnen und Schüler aus Intea- und Berufsschulklassen gemeinsam bewegen, kann sich deren komplexes Bildungspotenzial entfalten.

Zunächst bietet sich im Sportunterricht die Gelegenheit, für die Lernenden *sprachfördernde Rahmenbedingungen* zu schaffen. Diese werden beispielsweise durch eine sprachensible Gestaltung von Anleitungs- und Reflexionsphasen ermöglicht (Kommunikationsanlässe schaffen), genauso wie durch die Verbalisierung von Bewegungen (Kommunikationsaufforderungen herstellen). Auch wenn sich Schülerinnen und Schüler an Lehrenden als sprachliches Vorbild orientieren, da diese klar und deutlich, grammatikalisch korrekt und variationsreich sprechen, kann dies Sprachkompetenzen erweitern und vertiefen. Die körperliche Darstellung lokaler Präpositionen (auf, über, unter etc.) oder lokalen Adverbien (vorne, links, drinnen etc.) bietet ebenfalls Fördermöglichkeiten für den Spracherwerb, genauso wie die bewegte Darbietung verschiedener Verben (laufen, stehen, hüpfen) und Adjektive (schnell, groß, angespannt). Mittels des gemeinsamen Unterrichts wird u. a. durch Interak-

tionen innerhalb der Schülerschaft und den damit verbundenen Kommunikationsanlässen die Sprachförderung der Alltagssprache angeregt. Bestenfalls erfolgt gleichzeitig ein nachhaltiger Integrationsprozess zwischen Jugendlichen mit und ohne Flucht- bzw. Migrationshin-

und methodisch optimal ergänzen. Somit werden die Schülerinnen und Schüler bestmöglich bei der Erweiterung ihrer Bewegungs- und Sprachkompetenzen unterstützt. Die oben genannten Maßnahmen zum Spracherwerb können am Beispiel der Fußball-AG aufgegriffen und



erweitert werden. Für Geflüchtete, die bereits über adäquate deutschsprachliche Begriffe und Strukturen verfügen, sind Sprachanlässe wie die Aufforderung zur selbstständigen Festlegung von Teams, Veränderung von Regeln oder Anleitung von Spielformen denkbar. Während

tergrund. Die sprachliche Expertise der Lerngruppe bietet die Chance, in klassenübergreifenden Lernpaarschaften Bewegungen gegenseitig zu kommentieren und anschließend ein wertschätzendes Feedback auf die korrekte Aussprache einzuholen. Indem Bewegungsanlässe zu Sprachanlässen werden (und umgekehrt), leistet Sportunterricht einen wichtigen Beitrag zur Wortschatzerweiterung sowie der Entfaltung von kognitiven, emotionalen und motorischen Ressourcen aller Beteiligten.

Unterrichtsphasen mit Technikschiulung oder Bewegungsanalysen können die Lehrkräfte durch den Gebrauch eines kontextgebundenen sportspezifischen Fachwortschatzes Anregungen für die Erweiterung der Bildungssprache der Lernenden geben. Außerdem kann die Verwendung sport(art-)spezifischer Fachtermini fokussiert und Bewegungshandeln verbal begleitet werden (z. B. Pass, Flanke, Kopfball). Durch die Aufforderung einer Bewegungsdemonstration lässt sich die visuelle und auditive Wahrnehmung des Gesagten erleichtern. Kontrastäre Aufgabenstellungen wie z. B. das Fußballspielen mit und ohne Kommunikation ermöglichen es, den Akteuren die qualitative und quantitative Bedeutung von Sprache zu vermitteln.

Die Erweiterung des Sportangebots für alle InteA-Klassen der MBS über den planmäßigen doppelstündigen Sportunterricht hinaus, in Form der zwei Wochenstunden umfassenden Fußball-AG, ist ein weiterer Bestandteil des Sprachförderkonzepts durch sportliche Bewegung. Auch hier unterrichten die Lehrenden im Team, das aus Sport- und DaZ (Deutsch als Zweitsprache) -Lehrkraft besteht. So können sich die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer gegenseitig bei der Zielerreichung eines sprachfördernden Sportunterrichts fachdidaktisch

Neben der Sprachförderung kann durch einen erziehenden Sportunterricht aber auch die demokratische Form der deutschen Gesellschaft reproduziert werden. Die weltweit beliebteste Sportart Fußball ist in der Lage, eine integrierende Rolle insbesonde-

re für Flüchtlinge einzunehmen, indem hier spielerisch Merkmale einer gelebten Demokratie (z. B. Mehrheitsprinzip oder Meinungsfreiheit) oder Werte wie Fairness, Disziplin und Gleichberechtigung vermittelt werden.

Wie aufgezeigt bietet der Sportunterricht umfangreiche Möglichkeiten zur Sprachförderung insbesondere von Schülerinnen und Schülern der InteA-Klassen. Da jedoch auch viele der in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen an hessischen Beruflichen Schulen die Fähigkeit zur Weiterentwicklung ihrer Sprachkompetenzen besitzen, muss der Sportunterricht durchgängig mehr Berücksichtigung in der Schulentwicklung auf allen drei Schulsystemebenen (Makro-, Meso- und Mikroebene) in Voll- und Teilzeitberufsschulen finden.

In dieser Konsequenz obliegt es der Bildungspolitik, geeignete Rahmenbedingungen – wie etwa Investitionen in Sportstätten oder die drei Phasen der Sportlehrerbildung – zu schaffen, damit sich die Bildungspotenziale eines erziehenden und gleichzeitig sprachfördernden Sportunterrichts an Beruflichen Schulen optimal entfalten können.

Kai Vogt



GLEICHWERTIGKEIT VON AKADEMISCH UND BERUFLICH ERWORBENER HOCHSCHULBERECHTIGUNG - EIN NICHT GEDECKTER SCHECK.

Im Entwurf zur **Novellierung des Hess. Schulgesetzes** wird in dem Kapitel „Abschlüsse“ (§ 13) der Hochschulzugang geregelt. Es heißt dort (neu): „Der Abschluss der Fachoberschule berechtigt zur Aufnahme des Studiums an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften oder in einem gestuften Studiengang an einer Universität“. Das Weitere bleibt: „Dasselbe gilt für den Abschluss der zweijährigen höheren Berufsfachschule, der mindestens zweijährigen Fachschule und der Berufsschule mit zusätzlichem Unterricht und einer Prüfung (...).“ Was bis jetzt schon durch Verordnung geregelte Praxis war, wird nun endgültig gesetzlich verankert.

Damit ist – neben dem unbeschränkten Zugang nach einer Meister- oder gleichgestellten beruflichen Fortbildungsprüfung – der alten Forderung der Gewerkschaften nach einer Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung Genüge getan. Scheinbar.

Seitdem mit den Bologna-Reformen die meisten Studiengänge – nicht nur der „angewandten Wissenschaften“ – „gestufte Studiengänge“ sind, d. h. ein Bachelor-Studium zum Masterstudium voraussetzen, stehen den Absolventen der Fachoberschule fast alle Studiengänge an Hochschulen und Universitäten offen, ebenso wie den Abiturienten.

Abgesehen von dem Umstand, dass wir als Berufsbildner zufrieden sein können ob dieser Aufwertung unserer beruflichen Bildungsgänge stellt sich die Frage, ob mit dieser Alternative den Jugendlichen von vorneherein ein Gefallen getan wird. Und damit auch unserer emanzipativen Forderung nach Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung. Denn der Erfolg eines Bildungsweges zeigt sich nicht in der Erleichterung schulischer Abschlüsse, sondern vom Ende her: Wieviel Prozent eines

rums für Hochschulforschung ist die Abbrecher-Quote im Bachelor-Studium der Fachhochschulen, die vor vier Jahren noch bei 19 % lag, innerhalb von vier Jahren auf 27 % gestiegen¹. Und während zum Beispiel die Gymnasien im Ruf von Elite-Schulen stehen, rühmen sich berufliche Schulen gern damit, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Emanzipation sozial benachteiligter Schichten liefern. Das Ergebnis ist jedoch niederschmetternd: Für die Jugendlichen aus diesen Milieus, die sich fast ausschließlich in beruf-

lichen Bildungsgängen wiederfinden, gibt es kaum Chancen des Aufstiegs. Nur zwei von Hundert der Studenten an deutschen Hochschulen kommen aus Familien mit „niedrigem Bildungshintergrund“ (In der Türkei und in Portugal liegt die Quote bei 45 %)².

Eine Absenkung der Qualitätsstandards, die einhergeht mit niedrigeren Eingangsvoraussetzungen und gesenkten Prüfungsanforderungen,

ist nicht emanzipativ sondern illusionsbildend. Sie muss teuer bezahlt werden: Bei den Jugendlichen mit Brüchen in ihren Lebensläufen, und von der Gemeinschaft, die letztlich die Studienplätze vorenthalten muss.



Jahrgangs haben ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen? Wieviel Prozent eines Jahrgangs besetzen nach 10 Jahren Berufstätigkeit Führungspositionen?

Eine reale Bestandsaufnahme kommt zu einem ernüchternden Ergebnis: Die Absolventen der Fachoberschulen sind ungenügend vorbereitet auf das Studium. Nach einer Studie des Deutschen Zent-

1 <http://www.zeit.de/2016/50/studienabbrecher>

2 <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/>, 24.01.2017

Die Eliten müssen nicht befürchten, dass ihr Führungsanspruch in der Generationenfolge in Frage gestellt wird, die Versager im Bildungswesen werden sich ihr Scheitern an der Hochschule und im Berufsleben selber zuschreiben müssen.

Noch einen Schritt bedenklicher in diesem Sinne ist die Vorgabe im Novellierungsvorschlag des Hessischen Schulgesetzes, dass Jugendliche mit einer abgeschlossenen dualen Berufsausbildung sich (lediglich) einer Prüfung unterziehen müssen, um die Hochschulreife zuerkannt zu bekommen. Die Möglichkeit des Erwerbs der Fachhochschulreife durch begleitenden zusätzlichen Unterricht zur Berufsausbildung könnte als gut gemeinter Schritt wahrgenommen werden. Die mangelnde Akzeptanz der Maßnahme müsste aber zu denken geben.

Studierfähigkeit kann nicht über Wissens-Bits abgefragt, sie muss in propädeutischen Lernstrecken eingeübt werden. Das aber braucht Zeit. Und pädagogische Begleitung.

Leider sind leere Bildungsversprechen bei Wahrung der überkommenen Bildungsprivilegien nicht zufällig, sie haben System. Das staatliche Schulsystem muss Aufgaben der Qualifikation, der Integration der Jugendlichen, aber auch der Selektion der Bewerber für gesellschaftsrelevante Positionen wahrnehmen.

Wenn es letztere Aufgabe nicht erfüllt werden die Hochschulen diese Aufgaben übernehmen, indem sie Zugangsprüfungen einführen. Die Sekundarstufe II wird sich zunehmend differenzieren, die berufsbildenden Bildungsgänge endgültig in den zweiten Rang abrutschen. Um die Zugangsprüfungen bestehen zu können, wird sich ein Geflecht von privaten Institutionen

ausbreiten, die die Funktion wahrnehmen, gegen viel Geld die Zöglinge darauf vorzubereiten. Wie in großen Teilen der Welt, besonders in Drittwelt- und angelsächsischen Ländern, bittere Realität.

Jugendliche, die berufliche Bildungsgänge durchlaufen, also zusätzlich berufliche Qualifikationen erwerben, brauchen nicht weniger, sondern mehr Zeit, um sich für ein Studium zu qualifizieren. Die Fachoberschule muss sich verstärkt ihrer ursprünglichen, propädeutischen Funktion bewusst werden. Sie ist in erster Linie nicht dazu da,

um die Chancen zu erhöhen, einen der (immer noch knappen) Ausbildungsplätze zu ergattern, sondern – ausgehend von einem erfolgreichen Berufsausbildungsabschluss – auf ein weiterführendes Studium vorzubereiten.

Jugendliche mit beruflichem Abschluss müssen Zeit bekommen und die nötige finanzielle Unterstützung, um in der Fachoberschule das Rüstzeug zu erwerben, ein Studium mit Erfolg durchzustehen und abzuschließen.

Ernst Hilmer

Einwurf

E. Hilmer bemerkt eingangs zu Recht, dass das, was bisher lediglich durch Verordnung geregelt war – wenn auch schon seit vielen Jahren -, nunmehr Gesetzeskraft und damit eine andere Wertigkeit erhält. Inhaltlich fordert er zu Recht ein, dass der Erfolg eines Bildungsweges sich vom Ende her zeigen muss: „Wieviel Prozent eines Jahrgangs haben ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen?“. Von daher betrachtet konstatiert er durchaus richtig, wenn auch nur pauschal, dass die Abbrecherquote im Bachelor-Studium über 25 Prozent liegt. Soweit so richtig.

Äußerst kritisch aber wird es, wenn er vermeintliche Ursachen dafür benennt: „Absenkung der Qualitätsstandards, niedrigere Eingangsvoraussetzungen und gesenkte Prüfungsanforderungen“. Ich weiß nicht, wo er das her hat, wissenschaftliche, auch empirische Erkenntnisse liegen meines Wissens hierzu so nicht vor.

Ein Weiteres. In seinen Ausführungen bleibt völlig außer Betracht, dass die Hochschulen und Universitäten bisher so gut wie nicht darauf reagiert haben, dass sich die Zugangsvoraussetzungen und damit auch die Biografien der Studierenden geändert haben und dass sie darauf vielleicht Antworten finden müssen, z.B. durch gezielte und darauf Rücksicht nehmende Brückenkurse.

Wo ich wieder ziemlich nah bei E. Hilmer bin: „Jugendliche, die berufliche Bildungsgänge durchlaufen, also zusätzlich berufliche Qualifikationen erwerben, brauchen nicht weniger, sondern mehr Zeit, um sich für ein Studium zu qualifizieren – und pädagogische Begleitung“.

Dieter Staudt

Anmerkung: Ich unterrichte im Rahmen eines Lehrauftrags an der TU Darmstadt seit über 10 Jahren Fachdidaktik für angehende Berufsschulehrkräfte Bautechnik. Meine bisherigen Erfahrungen mit Meistern, Technikerinnen und Absolvent_innen der Fachoberschule sind überwiegend positiv.

DER RAUM ALS DRITTER PÄDAGOGE - GEDANKENSPLITTER

„Stellen Sie sich vor, Sie wären ein Archäologe im 5. Jahrtausend, der verschüttete Kulturen ausgräbt – nicht im südamerikanischen Dschungel, sondern im längst versunkenen Mitteleuropa. Sie finden: hoch verdichtete Ansammlungen von rechteckigen Räumen – mehr oder weniger (meist weniger) gut belichtet, mehr oder weniger (meist weniger) gut belüftet, karg möbliert,

Es wird klar, dass Menschen die Fähigkeit haben, sich spontan von Objekten, Materialien, Strukturen usw. positiv oder negativ angesprochen, berührt oder angenommen zu fühlen. Man muss als Schülerin nicht eine nackte Betonwand berühren, um zu erkennen, dass man sie nicht mag, da ihre Erfahrung sagt: kalt, rau, staubig und somit kein Handschmeichler, kein heimeliger Ort.



ohne jede Spur einer schöpferischen Aktivität außer merkwürdigen Zeichen auf den Tischplatten. Die Tische selbst, für 30 bis 35 Menschen ausreichend, sind fast auf Körperkontakt in Reihen dicht beieinander gestellt, jeweils ein einzelner Tisch hat eine Sonderstellung. Die Hochrechnung ergibt: mindestens 1.500 Lebewesen auf engstem Raum. Das Umfeld des Gebäudes: Teer und Beton, hin oder wieder ein Baumrest, manchmal Pflanzen, reine Monokulturen, vermutlich Gras. Sie finden Uhren, eingestellt auf einen unverständlichen Takt, mal 45, mal 5 Minuten, die offensichtlich bereits unmäßig früh am Morgen aktiviert waren. Und Sie treffen auf Berge von Listen, die immer dem gleichen Schema zu folgen scheinen, mit seltsamen Berechnungen in einer Skala zwischen 1 und 6.

Nichts wie weg hier. Oder man muss als Schüler den viel zu langen geraden Flur nicht durchschreiten, um zu wissen: langweilig, übersichtlich, kein Abenteuer, aber auch kein Entrinnen. Lieber nicht betreten. Und man muss als Lehrkraft nicht in einer herkömmlichen Klassenkiste unterrichten, um zu wissen, es ist wie auf dem Kasernenhof, überhaupt nicht wie daheim, keine Unterrichtshilfe und schon gar kein Lebensraum. Die meisten unserer Sinne reagieren mit Abwehr und nicht mit Sympathie, kein Wunder, dass solche Räume schlechte Lehrer sind.

Peter Hübner, Architekt

Sie entwickeln Hypothesen, was sich in diesen Räumen wohl abgespielt haben könnte. Vermutlich ein Warteraum. Allenfalls kurzzeitig nutzbar. Oder vielleicht ein Museum für eine gigantische Schreibstube, in der Schriftgelehrte vor Erfindung des Buchdrucks Texte reproduzieren ließen. Wenn Sie auf einem Archäologenkongress jedoch die These vertreten würden, dass dies Orte gewesen seien, in denen Kinder und Jugendliche die prägungsintensivsten, kostbarsten Jahre ihres Lebens zugebracht haben sollen – Sie würden wahrscheinlich ausgepiffen werden. Soweit das Gedankenspiel.“

Dr. Otto Seydel, Institut für Schulentwicklung, Überlingen



Ein Segelschiff für Lernraumoptimierung.

Fünf Kriterien haben wir identifiziert, die auf gelingendes Lernen wirken, sich gegenseitig beeinflussen und durch gezielte Raumgestaltung berücksichtigt werden können. Um diese Kriterien besser fassbar zu machen, haben wir uns als Arbeitsmodell ein Segelschiff vorgestellt.

Basis des Modells, der Rumpf des Schiffs, ist das Wohlbefinden – stimmt was mit dem Wohlbefinden der Lernenden nicht, sinkt die Wahrscheinlichkeit einer gelingenden Lernerfahrung ab. Anregung und Orientierung sind die Segel lernförderlicher Raumgestaltung. Sind diese groß genug, kann man sich leichter auf den Lernweg machen. Wie die Segel gesetzt werden bestimmt der soziale Kontext: geht man eine Lernaufgabe alleine an oder spielen dabei auch andere eine Rolle? Das verändert die Gewichtung der Handlungsmöglichkeiten im Raum. Der zeitliche Rahmen und die Aufenthaltsdauer für die

Aktivität im Raum spiegeln sich in der Geschwindigkeit des Wassers wider.

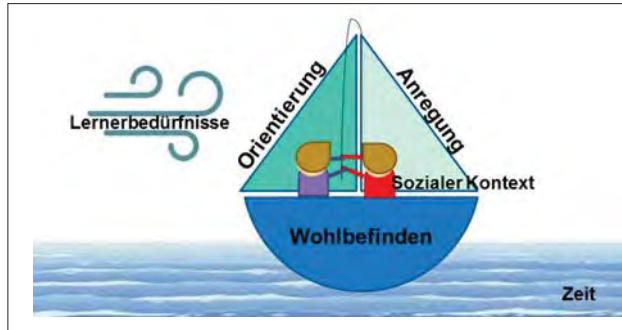
Segelschiff-Modell zur Gestaltung lernförderlicher Räume

Alle Ausstattung und Gestaltung hilft nichts, wenn der Lernende nicht lernen will. Sich den eigenen Ler-

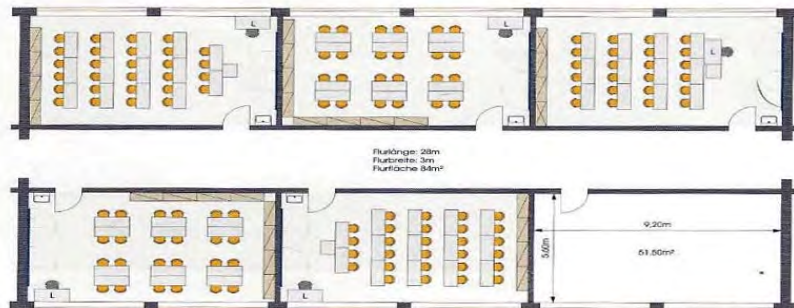
nerbedürfnissen bewusst zu werden oder bei anderen abzufragen und ernstzunehmen ist für das Gelingen aller Lernaktivitäten essentiell.

Dazu gehören psychische Grundbedürfnisse nach Autonomie, Kompetenz und Eingebundensein, die man in Gruppen z.B. in Form von Selbretun an speziell vorbereiteten Arbeits-

stationen oder räumlich sichtbaren Lob auf Pinnwänden berücksichtigen kann. Oftmals sind es aber auch ganz profane Wünsche, die ordentlich Wind in die Segel einer Lernsituation geben: nach körperlichem Wohl, die von Tee über Schokolade zu Kaffee und Nüssen reichen.

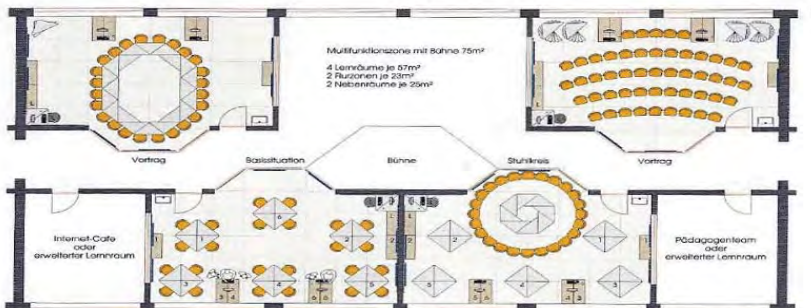


VORHER



© Dr. Wilfried Buddensiek, Universität Paderborn

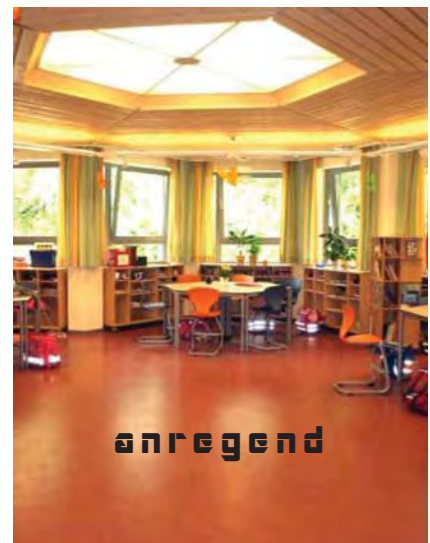
NACHHER



© Dr. Wilfried Buddensiek, Universität Paderborn

Wo auch immer Sie das nächste Mal lernen – halten Sie doch mal Ausschau danach, wie dieser Ort bei Ihnen für Wohlbefinden, Orientierung und Anregung sorgt, welches Gewicht Ihren Bedürfnissen zukommt und wer mit Ihnen die Segel für Ihr Lernen hisst.

Aus: ZNL-Newsletter Nr. 29 22.02.2017



anregend

EIN JAHR LANDESPROJEKT WIRTSCHAFT INTEGRIERT – FÜR JUNGE MENSCHEN MIT ERHÖHTEM SPRACHFÖRDERBEDARF

Wirtschaft integriert ist ein Projekt des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung und wird aus Mitteln des Landes Hessen, des Europäischen Sozialfonds, der Agenturen für Arbeit sowie der Jobcenter gefördert. Kooperationspartner sind zudem die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, der Hessische Handwerkstag und die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Industrie- und Handelskammern. Durchgeführt wird das Projekt von den Bildungseinrichtungen vorwiegend des Handwerks, in Kooperation mit dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V. [BWHW], welches auch die Projektkoordination innehat.

Im Rahmen des Projektes werden junge Menschen, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sich außerhalb der Schulpflicht befinden und einen erhöhten Sprachförderbedarf aufweisen [Ausgangssprachniveau zwischen A2 und B1] durch eine aufeinander aufbauende Förderkette beim erfolgreichen Erwerb eines Berufsabschlusses unterstützt. Das Projekt richtet sich nicht nur spezifisch an junge Geflüchtete, sondern auch an Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die ebenfalls Unterstützung beim berufsbezogenen Spracherwerb benötigen.

Inhaltlich besteht das Projekt aus drei Förderbausteinen, der **Berufsorientierung BO^{plus}**, der **Ein-**

stiegsqualifizierung EQ^{plus} und der **Ausbildungsbegleitung AB^{plus}**. Die folgenden Leistungen werden im Rahmen aller drei Förderbausteine angeboten:

- Berufsbezogene Sprachförderung
- Vermittlung von Werten und Normen in Alltag und Berufswelt
- Sozialpädagogische Begleitung
- Integrationsunterstützung.

Während der BO^{plus} findet eine berufsfeldbezogene Erprobung statt. Im Zuge dieser Phase wird die Berufswahl und der Ausbildungseinstieg in alle Ausbildungsberufe aus den Bereichen der IHK, HWK und der Freien Berufe unterstützt und in den darauffolgenden Phasen fortgeführt. Die Begleitangebote EQ^{plus} und AB^{plus} umfassen zusätzlichen Stütz- und Förderunterricht.

Detaillierte Informationen zu Förderbausteinen und angebotenen Leistungen sowie Kontaktdaten können unter www.wirtschaft-integriert.de entnommen werden.

Mittlerweile liegen einerseits die Einmündungsergebnisse des ersten Jahres vor. Andererseits gibt es Erfahrungen in der Kooperation mit den hessischen Berufsschulen, die neben den bereits genannten Kooperationspartnern eine wichtige Schnittstellenfunktion für die Integration junger geflüchteter Menschen darstellen.

Die Erfahrungen beziehen sich beispielsweise auf den Wechsel bzw. den Übergang aus InteA und auf die

Begleitung bei EQ. Sie weisen das Programm als erfolgreich in seiner Positionierung, seinen Arbeitsfeldern und seinen Ergebnissen aus. Im Hinblick auf die für Sommer 2017 erwarteten großen Zahlen an abgehenden InteA-SchülerInnen ist eine Fortführung der bisherigen Zusammenarbeit mit hessischen Berufsschullehrkräften sehr wichtig und gewinnbringend. Darüber hinaus tragen auch die Ausbildungsbetriebe in Hessen durch ihr Engagement und ihre Bereitschaft, junge Menschen mit Sprachförderbedarf auszubilden, nachhaltig zu deren Integration bei.

Im April 2016 starteten die ersten Gruppen in die Berufsorientierung. Mit jedem weiteren Monat stieg die Zahl der BO-Eintritte weiter an und auch eine sukzessive Ausweitung der beteiligten Standorte war zu verzeichnen. Mittlerweile haben 830 junge Erwachsene, davon 93% männlich, an den 21 Standorten in Hessen die Berufsorientierung durchlaufen, meist in den Bildungseinrichtungen des Handwerks. 63% der Teilnehmenden leben bereits seit 12 Monaten oder länger in Deutschland und bei ebenfalls 63% der BO^{plus}-Teilnehmenden liegt eine Aufenthaltsgestattung vor. Den größten Anteil mit 31% bilden junge Menschen aus Afghanistan, gefolgt von Eritrea und Syrien mit rund 16%.

Ende Februar 2017 traten 196 Personen in die EQ^{plus}-Maßnahme ein, 124 Teilnehmende kamen direkt aus einer vorangegangenen BO^{plus} und 72 Personen sind als Quereinsteiger in das Projekt eingemündet, ohne zuvor die Phase der



Berufsorientierung absolviert zu haben. Auch hier verfügt der größte Anteil mit 62 % über eine Aufenthaltsgestattung.

Des Weiteren nahmen insgesamt 69 Personen an der Maßnahme AB^{plus} teil. Der größte Anteil mit 54 jungen Menschen bezieht sich dabei auf Quereinsteigende. Die gewählten Ausbildungsberufe sind vielfältig und reichen von KFZ-Mechatronikern/-innen über Koch/Köchin bis hin zu Fachinformatiker/-in. Um den Anteil an weiblichen Teilnehmenden im Projekt zu erhöhen, gibt es in Frankfurt am Main eine spezielle Maßnahme nur für Frauen, welche perspektisch auch in anderen Regionen angeboten werden soll.

Zur besseren Veranschaulichung der erfolgreichen Arbeit der am Projekt *Wirtschaft integriert* beteiligten Personen und Organisationen sollen die folgenden drei Praxisbeispiele aus der Region Südhessen einen Einblick in die Vielfalt der Teilnehmenden geben.

Ahmed Mohamed Jama kommt aus Somalia und lebt seit 2013 in Deutschland. Er ist 1989 geboren und war Teilnehmer der zweiten BO^{plus}-Maßnahme ab Mai 2016 in Darmstadt. Er hat in Somalia die Hauptschule besucht, anschließend eine EDV-Ausbildung absolviert und Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre erlernt. 2015 hat er den BAMF-Integrationskurs mit B1 Zertifikat absolviert und im Juni 2016 einen deutschen Hauptschulabschluss an der Volkshochschule in Darmstadt erworben. Im Anschluss daran kam er zu *Wirtschaft integriert* in die BO^{plus}. Zunächst hatte er zum Ziel, in Deutschland ein Studium aufzunehmen, während der BO^{plus} entschied er sich jedoch für eine Berufsausbildung. Ihm wurde im Rahmen des Projektes ein Ausbildungsplatz durch die Hytron GmbH in Bensheim zum Elektroniker [für



Geräte und Systeme] angeboten, den er annahm und nun seit Oktober 2016 dort als Auszubildender tätig ist. Er profitiert sehr von seiner Teilnahme an der AB^{plus} und den darin enthaltenen Begleitangeboten des BWHW.

Die Teilnehmerin Maria Vittoria D'Angelo ist in Deutschland geboren, kehrte aber als Kleinkind mit ihrer Familie nach Italien zurück. Sie lebt seit 2015 wieder in Deutschland, ist 20 Jahre alt und nahm im letzten Jahr an dem BO^{plus}-Baustein im Rahmen von *Wirtschaft integriert* teil. Während dieser Orientierungsphase hatte sie die Möglichkeit, mehrere Berufe kennenzulernen und praktisch zu erproben. Im Verlauf der Berufsorientierung stand der Wunsch, den Beruf der Friseurin zu erlernen, schließlich fest. Mithilfe von *Wirtschaft integriert* hat sie einen Ausbildungsplatz als Friseurin beim Friseurteam Hommel in Mühlthal/Nieder-Ramstadt gefunden, den sie im September 2017 beginnen wird. Seit Januar 2017 absolviert sie in demselben Ausbildungsbetrieb ein betriebliches Langzeitpraktikum im Rahmen der EQ^{plus} als Vorbereitung auf ihre Ausbildung.

Mohammad Mohsseni ist 20 Jahre alt und kommt aus Afghanistan. Auf *Wirtschaft integriert* wurde er über eine Info-Veranstaltung für Geflüchtete aufmerksam. Sein Weg führte ihn über einen Quereinstieg direkt in die EQ^{plus}, da er bereits zuvor eine EQ bei der Firma Caparol, DAW SE in Ober-Ramstadt begon-

nen hatte und dort ab diesem Sommer voraussichtlich auch mit der Berufsausbildung beginnen wird.

Sowohl die Praxisbeispiele als auch die Monitoring-Zahlen verdeutlichen, dass durch das Engagement verschiedener regionaler Akteurinnen und Akteure im Rahmen von *Wirtschaft integriert* bisher bereits vielen jungen Erwachsenen der Weg zu einem erfolgreichen Berufsabschluss und damit Chancen auf eine bessere Zukunft in Deutschland ermöglicht werden konnten.

Gerade auch die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften der Berufsschulen in Hessen stellt ein zentrales Element in diesem Erfolgsprozess dar, da diese die schulische und damit berufliche Zukunft der jungen Menschen zum einen durch die Vermittlung von Wissen und zum anderen durch das Aufzeigen von beruflichen Perspektiven aktiv mitgestalten. Das Projekt *Wirtschaft integriert* setzt an den Erfolgen an und ermöglicht durch die verschiedenen Angebote eine Fortführung der beruflichen und sozialen Integration. Wenn sich alle relevanten Akteurinnen und Akteure in Hessen weiter vernetzen und ihre Zusammenarbeit intensivieren, kann ein wichtiger Beitrag zur Integration vieler junger Menschen im Rahmen des neuen Projektjahres und darüber hinaus geleistet werden.

Rolf Klatta
Bildungswerk der hessischen
Wirtschaft e. V.

INKLUSION / BEHINDERTENSPORT IN KASACHSTAN

Senioexperte als Berater an der Universität of Eurasia in Pavlodar

Nach meiner Pensionierung als Schulleiter der Beruflichen Schulen Kirchhain im Sommer 2013 habe ich mich dem SES (Senior Experten Service) in Bonn als Experte zur Verfügung gestellt.

Es erfolgte die Beauftragung und so bin ich am 6. September 2016, gut vorbereitet und mit 8 kg Gepäckübergewicht (bedingt durch Fachliteratur), für 3 Wochen nach Pavlodar gereist.

Die Stadt Pavlodar ist eine Industriestadt im Nordosten von Kasach-

stan. Kraftsport in Kasachstan ein wichtiger und populärer Sport ist, wird auch für einige Behinderte „Powerlifting“ angeboten.

Die Beschulung von behinderten Kindern erfolgt separat in eigenen Schulen. Dies gilt auch für die Kindergärten. Begründet wird dies mit dem Fehlen von qualifiziertem Personal an Schulen.

Sport für bzw. mit Behinderten ist nicht organisiert, d.h. es existieren keine Behindertensportverbände o.ä. Für Leistungssportler mit Behinderung gibt es begrenzte finanzielle Unterstützungen und auch Trainingsmöglichkeiten, aber ansonsten sind die Sportmöglichkeiten eher auf individuelles Engagement beschränkt.

Sportvereine, die auch Behindertensport wie z.B. Rollstuhlbasketball anbieten, gibt es nicht. Ich glaube, dass in Kasachstan Vereinsstrukturen in den Städten nicht vorhanden sind. Laut Aussagen von Lehrkräften werden Behinderte oft „versteckt“.



In dieser Funktion war ich im Februar 2014 als Berater an einer Schule in Rumänien tätig (Bericht Insider 2/2014), im letzten Jahr bekam ich einen Einsatzauftrag an der Universität in Pavlodar.

Diese suchte Unterstützung bei der Implementierung des Themas „Behindertensport“ und „Inklusionssport“ in die Curricula der Sportlehrerausbildung sowie Beratung hinsichtlich der Möglichkeiten für behinderte Menschen in Pavlodar Sport zu betreiben. Die Umsetzung der UN – Behindertenrechtskonvention von 2008, die auch von Kasachstan unterschrieben wurde, ist wahrscheinlich ein Grund für den Beratungsauftrag.

Da ich nicht nur Schulleiter war, sondern sehr lange Sport unterrichtet habe und in dieser Zeit auch die Übungsleiterlizenz „Behindertensport“ erworben hatte, wurde ich vom SES angefragt. Hinzu kam, dass ich seit 2014 einen Lehrauftrag in Fachdidaktik an der Universität Gießen hatte.

stan mit ca. 300.000 Einwohnern.

In der Stadt leben ca. 2000 Menschen mit einer Behinderung. An sportlichen Aktivitäten beteiligen sich lediglich ca. 40 Personen. Welche sportlichen Betätigungen diese ausüben und welche Behinderungen vorliegen, blieb unklar. Da

Artikel 1 der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK): „Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“

UNESCO: gemeinsame soziale Teilhabe und Bildungsteilhabe als Menschenrecht - ein inklusives Bildungssystem wäre erreicht, wenn alle Menschen – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrem Geschlecht, ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, einer Behinderung im engeren Sinne, ihrer religiösen oder sexuellen Orientierung oder anderer persönlicher Merkmale – Zugang zu allen Angeboten des Bildungssystems haben und bei Bedarf individualisiert gefördert werden.



Während meines Aufenthaltes konnte ich in drei Arbeitsbereichen Unterstützung anbieten:

I. Das Thema Behindertensport wurde ausführlich mit Lehrkräften und Studierenden erörtert. In meinen Seminarveranstaltungen habe ich hauptsächlich die Bereiche „Methodik/ Didaktik des Behindertensports“ und „Inklusionssport“ bearbeitet. Meine dazu angefertigten PPT sind zuvor ins Russische übersetzt worden.

Außerdem habe ich Vorschläge zur Organisation von sportlichen Aktivitäten für bzw. mit Behinderten, bei denen der Fachbereich Sport der Universität der Initiator sein sollte, der Leitung schriftlich vorgelegt.

Diese könnten dann als Seminararbeit an Studierende vergeben werden, wie z.B. Bestandsaufnahme der vorhandenen Sportmöglichkeiten für Behinderte, Zusammenarbeit mit Eltern, Sportangebote Behinderte/ Nichtbehinderte einrichten, Zusammenarbeit mit Reha-Einrichtungen, Unisportgruppe Rollstuhlbasketball.

II. Die praktische Umsetzung einer Unterrichtseinheit „Inklusionssport“ wurde am Beispiel Sitzvolleyball mit Studierenden durchgeführt. Dieses Unterrichtsbeispiel

gibt Impulse für eine kreative Auseinandersetzung mit dem Sportunterricht für heterogene Lerngruppen.

Das von deutschen Unfallkassen (DGUV; UKB) und vom Behindertensportverband (DBS) erstellte Unterrichtsmaterial für inklusiven Sportunterricht habe ich dem Fachbereich zur Verfügung gestellt.

III. Gemeinsam mit Lehrkräften und Studierenden der Universität wurde ein Curriculum für ein Wahlpflichtmodul in der Sportlehrausbildung erarbeitet, in dem die Elemente „Sport mit behinderten Menschen“ und „Inklusionssport“ Schwerpunkte sind.

Dieser Entwurf wird dem zuständigen Ministerium zur Genehmigung vorgelegt, die Umsetzung soll im kommenden Semester erfolgen.

Drei Wochen Beratertätigkeit waren für mich sehr intensiv, interes-



sant und angenehm. Beeindruckend waren die Gastfreundlichkeit und auch die Offenheit bei Gesprächen über Missstände.

Die Lehrkräfte und Studierende an der Uni sind nach meinem Eindruck hoch motiviert. Beklagt wird die geringe Wertschätzung, die sich u.a. im Lohn (300 – 450 €) widerspiegelt und die geringen Beschäftigungsmöglichkeiten nach dem Universitätsabschluss.

Ob und wann eine Evaluation des Wahlpflichtmoduls stattfindet, ist derzeit noch nicht bekannt.

Ingo Herde
Schulleiter i.R.



REFORM DER VERKAUFSBERUFE

Die GEW-Bundesfachgruppe für Berufliche Bildung führte am 16. Februar 2017 in Göttingen eine bundesweite Informationsveranstaltung zur Reform der Verkaufsberufe durch. Ausgangspunkt war die Neuordnung der dreijährigen Ausbildung der Kaufleute im Einzelhandel mit der gestuften Ausbildung zum Verkäufer/ zur Verkäuferin nach zwei Jahren zum 01.08.2017. Aufgrund der Erfahrungen bei der Neuordnung der Büroberufen, die zu einer Zusammenlegung von Büroberufen zum Ausbildungsberuf Büromanagement geführt hat, war der Fokus der Informationsveranstaltung auf alle derzeit existierenden Verkaufsberufe gerichtet, wie die „Kaufmännisch-pharmazeutische Angestellte“, die „Automobilkaufleute“, die „Kaufleute im Einzelhandel“, den „Verkäufer/ die Verkäuferin“ sowie den zum 01.08.2018 geplanten dualen Ausbildungsberuf zum „Kaufmann im e-commerce/ zur Kauffrau im e-commerce“. Zur Informationsveranstaltung referierten Herr Gunther Spillner vom BIBB und Frau Uta Kupfer von verdi.

Die Grundlage für den Neuordnungsantrag der Sozialpartner ist eine Evaluation der Erprobungs-

verordnung für die Kaufleute im Einzelhandel vom 24.03.2009 durch das BBIB mit der Einführung der „Gestreckten Abschlussprüfung“ (GAP) und der Einbeziehung der Wahlqualifikation „Grundlagen unternehmerischer Selbständigkeit“ in der Ausbildung und Prüfung.

Einbezogen wurde auch die Ausbildung Verkäufer/-innen, insbesondere das Anrechnungsmodell und die damit verbundene „Durchstiegsmöglichkeit“ zur Kauffrau / zum Kaufmann im Einzelhandel. Die Evaluierung durch das BBIB hat bestätigt, dass sich der Zuschnitt und die Inhalte der Einzelhandelsberufe bewährt haben. Beide Berufe wurden entsprechend in einer gemeinsamen Verordnung modernisiert.

Die wesentlichen Ergebnisse der Neuordnung zum 01.08.2017 sind:

- Die gestreckte Abschlussprüfung wird in Dauerrecht überführt
- Die Wahlqualifikation „Grundlagen unternehmerischer Selbständigkeit“ bleibt als prüfungsrelevante Wahlqualifikation in der Ausbildungsordnung

erhalten

- Die Ausbildungsordnung sieht auch weiterhin für das zweite Ausbildungsjahr eine aus vier möglichen Wahlqualifikationen vor
- Die neue Ausbildungsordnung enthält zusätzlich die Wahlqualifikation „Onlinehandel“ (früher IT-Anwendung), da dieser Bereich auch im stationären Handel zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Da die geplanten inhaltlichen Neuerungen gering sind, gibt es am bestehenden Rahmenlehrplan lediglich kleinere Anpassungen.

Der zunehmende Onlinehandel lässt sich auch in der Anzahl der Neuabschlüsse der Ausbildungsverträge im Einzelhandel und bei den Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten erkennen.

Obwohl die Agentur für Arbeit die Ausbildung **zur Verkäuferin bzw. zum Verkäufer** laut der Marktbedingungen zu den sogenannten Helferberufen zählt, nahm die Anzahl der Auszubildenden mit Studienberechtigung seit 2007 kontinuierlich zu, bei insgesamt

Ausbildungsjahr	Ausbildungsabschlüsse (bundesweit)					
	2007		2011		2015	
Ausbildungsvertrag	insgesamt	mit Studienberechtigung	insgesamt	mit Studienberechtigung	insgesamt	mit Studienberechtigung
Verkäufer/in	25.209	870	27.543	1.404	24.027	1.587
Kauffrau/-mann in Einzelhandel	35.862	4.212	33.192	4.572	30.474	5.877
Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten	1.974	228	1.503	2.07	1.329	195
Automobilkauffrau/-mann	4.002	1.503	4.353	1.815	4.518	2.079

Quelle BIBB Datensysteme Auszubildende

sinkenden Ausbildungszahlen. Bewerber/innen mit einem Hauptschulabschluss haben zunehmend schlechtere Chancen auf eine Ausbildungsstelle im Einzelhandel.

Im Zeitraum von 2011 bis 2015 ist die Anzahl der Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen Verkäufer/in für Absolventen/-innen der Hauptschule um 18,2% gesunken, während die Ausbildungsverträge für Studienberechtigte im gleichen Zeitraum um 13% gestiegen ist. Dies ist insbesondere deshalb bemerkenswert, da nach wie vor viele Verkäufer/innen über freie Träger ausgebildet werden, d.h. nicht zu Marktbedingungen. Die Zahl der Ausbildungsabbrüche ist bei den Verkäufer/innen über beide Ausbildungsjahre hoch, im ersten Ausbildungsjahr zwischen 15 und 20%. Ca. die Hälfte der Ausbildungsverträge wird von den Auszubildenden selbst gelöst. 2015 lag der Anteil der Absolventen/-innen der Hauptschule bei 52%, der Anteil der Studienberechtigten bei 6,6%.

Die Anzahl der Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen **Kauffrau/-mann im Einzelhandel** für Absolventen/-innen der Hauptschule ist um 18,5% gesunken, während die Ausbildungsverträge für Studienberechtigte im gleichen Zeitraum um 28,5% gestiegen sind. 2015 lag der Anteil der Absolventen mit Studienberechtigung bei 19,2%.

Von 2011 bis 2015 ist die Zahl der Auszubildenden bei den Verkäufer/innen um 12,8% und der Kaufleute im Einzelhandel um 8,2% gesunken. Auf Grund des zunehmenden Onlinehandels war diese Entwicklung zu erwarten.

Die Anzahl der Auszubildenden der **Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten** ist seit vielen Jahren rückläufig. Auch der stati-

onäre Handel der Apotheken steht zunehmend in Konkurrenz mit dem Onlinehandel.

Die Entwicklungen im Ausbildungsberuf **Automobilkauffrau/-mann** zeigen steigende Ausbildungszahlen, aber auch mit einer steigenden Anzahl von Auszubildenden mit Studienberechtigung.

Die Vertriebswege im Handel und Dienstleistungsbereich sind in der Vergangenheit überproportional gewachsen. Im Onlinehandel gibt es eine hohe Anzahl von Start-Up Unternehmen mit einem hohen Akademikeranteil und wenig Erfahrung mit dualer Berufsausbildung. Derzeit gibt es keinen Ausbildungsberuf für eine kaufmännische Qualifikation für digitale Geschäftsmodelle. Diese Lücke soll durch „Kaufleute im e-commerce“ geschlossen werden. An der Entwicklung des Berufsprofils haben diverse große Unternehmen des Onlinehandels aus sehr unterschiedlichen Branchen mitgewirkt. Zum 01.08.2018 soll nun ein neuer dualer Ausbildungsberuf im Rahmen Berufsbildung 4.0 mit der Berufsbezeichnung „**Kaufmann im e-commerce/ Kauffrau im e-commerce**“ mit einer Ausbildungsdauer von drei Jahren eingeführt werden. Das Berufsprofil und die Anforderungen an die zukünftigen Auszubildenden unterscheiden sich grundsätzlich

von den derzeitigen Ausbildungsberufen des Einzelhandels. Gute Sprachkenntnisse in Deutsch und Englisch sowie eine Affinität im Umgang mit digitalen Medien sind wichtige Zugangsvoraussetzungen. Der Zugang zur Ausbildung „Kaufmann im e-commerce/ Kauffrau im e-commerce“ wird nur mit guten bis sehr guten höheren Schulabschlüssen möglich sein.

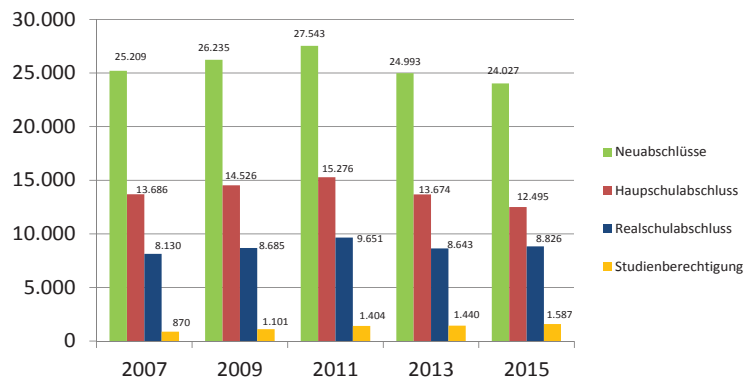
Die Ausbildung „Kaufmann im e-commerce/ Kauffrau im e-commerce“ soll zunächst an Schwerpunktschulen eingerichtet werden. Derzeit rechnet man mit ca. 1000 bis 1500 Auszubildenden.

Die Veranstaltung war äußerst informativ und hat die regional beobachteten Trends bundesweit bestätigt. Sehr interessant fand ich die Informationen zum Anforderungsprofil beim „Kaufmann im e-commerce/ Kauffrau im e-commerce“ und die Entwicklungen im Einzelhandel bezüglich der steigenden Marktanforderungen für einen Ausbildungsplatz bei sinkenden Auszubildendenzahlen. Eine Zusammenlegung von Ausbildungsberufen wie im Bürobereich ist im Handel aber nicht beabsichtigt.

Lioba Boll

Nähere Informationen unter: bibb.de (Gunther Spillner)

Verkäufer/-in



Quelle: BIBB, Datensystem Auszubildende - Zeitreihen (DAZUBI)

BESUCH IM BTZ WEITERSTADT EIN ERFAHRUNGSBERICHT

Begleitet mit offenen Fragen: „Welche Möglichkeiten bietet die überbetriebliche Ausbildung für Auszubildende und welche beruflichen Perspektiven gibt es für angehende Berufsschullehrer/innen innerhalb einer überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung?“ besuchten wir am 7. Februar 2017 mit unserer Seminargruppe und unserem Seminarleiter Herrn Dieter Staudt das Berufsbildungs- und Technologiezentrum (BTZ) in Weiterstadt nahe Darmstadt, das von der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main betrieben wird.

über die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die das BTZ Weiterstadt anbietet. Unter anderem werden neben der Hauptaufgabe überbetriebliche Ausbildung für Auszubildende in dualen Ausbildungsberufen auch diverse Meisterlehrgänge in verschiedenen Handwerksberufen angeboten. In den letzten Jahren kamen auch Angebote zur Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler aus allgemeinbildenden Schulen hinzu.

In einer offenen Fragerunde hatten wir die Möglichkeit, Fragen zu stellen, die für uns als angehende Berufsschullehrer/innen von besonderer Bedeutung sind. Insbesondere die Fragen nach der Trägerschaft und der damit verbundenen Finanzierung der Einrichtung oder auch dem Status der Ausbilder waren bei uns von hohem Interesse. Des

Dabei konnten wir durch den Besuch der in den letzten Jahren sanierten ansprechenden Werkstätten für die einzelnen Berufsfachrichtungen (u. a. Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Maler usw.) Einblicke in den Tagesablauf der Lehrgänge für die überbetriebliche Ausbildung gewinnen. Die moderne Ausstattung der Werkstätten, in denen in Kleingruppen mit maximal 15 Lehrlingen gearbeitet wird, fiel uns besonders auf. Die Arbeitsplanung ist in Wochenprojekte gegliedert, die das Lernfeldkonzept der beruflichen Schulen aufgreifen und integrieren. Die einzelnen Projekte finden dabei auch berufsübergreifend statt und orientieren sich damit sehr stark an der alltäglichen beruflichen Praxis der Auszubildenden. Die jeweiligen Ausbildungsleiter gaben uns hierzu informative Auskünfte, sowohl pädagogischer wie auch fachlicher Art. Herr Röhrs informierte uns, dass neben dem regen Austausch mit den Ausbildungsbetrieben auch ein ständiger Austausch mit den zuständigen Berufsschulen und den zuständigen Lehrkräften betrieben wird, um die Ausbildungsqualität im gegenseitigen Interesse in den Handwerksberufen weiter steigern zu können.

Für uns als angehende Berufsschullehrer/innen war der Besuch im BTZ Weiterstadt sehr hilfreich und aufschlussreich. Durch den Einblick in die Praxis der überbetrieblichen Ausbildung haben wir weitere Möglichkeiten für unsere spätere Unterrichtsplanung und Unterrichtsgestaltung gewonnen.

**Markus Lützer und
Patrick Gerhardt**

Wir, das sind 11 Studierende, die das Lehramt an beruflichen Schulen für das Berufsfeld Bautechnik erwerben möchten und uns derzeit am Ende des Bachelorstudiums befinden. Der Besuch erfolgte im Rahmen des Seminars „Ausgewählte Sachverhalte Fachdidaktik Bautechnik“ an der Technischen Universität Darmstadt.

Zu Beginn unseres Besuchs informierte uns der Leiter der Einrichtung, Herr Steiner, umfassend

Weiteren interessierten uns die beruflichen Perspektiven, die das BTZ Weiterstadt für angehende Berufsschullehrer/innen bietet. Dabei stellte sich allerdings heraus, dass durch den hohen Praxisanteil der Aus- und Weiterbildungsangebote bevorzugt Handwerksmeister mit Berufserfahrung gesucht und eingestellt werden.

Bei einem Rundgang mit dem Liegenschaftsverwalter Herrn Röhrs wurde uns das ausgedehnte Gelände des BTZ Weiterstadt vorgestellt.



Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen
-Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentliche Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

4.0 // Arbeiten und Lernen für die digitale Arbeitswelt

Gemeinsame Fortbildung für Lehrkräfte aller Schulformen vom 14. Mai bis 17. Mai 2017 in der IG Metall Bildungsstätte Berlin

Mit der zunehmenden Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche sind auch enorme Veränderungen in der Arbeitswelt verbunden. Auf welche Arbeitswelt müssen Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler vorbereiten? Was bedeuten die Veränderungen für die schulische Berufsorientierung und Medienbildung? Wer wird künftig überhaupt noch gebraucht? Wie können SchülerInnen und angehende Auszubildende dazu befähigt werden, ihre Berufsbiografie zu gestalten und in der digitalen Arbeitswelt ihre Interessen zu vertreten? Wie bilden Betriebe für diese Arbeitswelt aus?

Diese und andere Fragen sollen im Seminar im Gespräch mit gewerkschaftlichen und mit betrieblichen ExpertInnen bearbeitet werden. Das Seminar richtet sich an Lehrkräfte aller Schulformen insbesondere der Sekundarstufen I und II.

Kontakt: Alexandra Schließinger, alexandra.schliessinger@igmetall.de (Organisation)

Die Seminarkosten für Gewerkschaftsmitglieder werden übernommen.

Ausgewählte lea-Fortbildungen (lea gemeinnützige bildungsgesellschaft der GEW Hessen)

Einsatz von Smartphones und Tablets im Unterricht

Workshop 30.08.2017, 11.00 – 17.00, Gießen

Die AfD beim Wort genommen – Programm und Wirklichkeit Wie man Rechtspopulisten kontern kann

Seminar 29.08.2017; 14.00 – 18.00, Marburg

Die Schüler/innen abholen, wo sie stehen? Ideen für eine subjektorientierte politische Bildung in der Oberstufe

Seminar 30.08.2017, 14.00 – 17.00, Frankfurt

Hitler – mal ohne Geschichtsbuch Filme zum Nationalsozialismus (mit Filmvorführung)

Film, Vortrag und Diskussion 19.06.2017, 10.00 – 16.00 Frankfurt

*Kontaktdaten: Tel. 069-9729327; Mail. anmeldung@lea-bildung.de;
Website www.lea-bildung.de*

Über die Entstehung des Schachspiels wurde schon viel philosophiert. So entstanden im Laufe der Zeit zahlreiche Legenden, die allerdings nur einen sehr begrenzten geschichtlichen Gehalt aufweisen.

Zu den bekanntesten gehört wohl die Weizenkorn-Legende.

Der Weise Sissa ibn Dahir schaute lange mit an, wie sein indischer Herrscher Shihram seine Untertanen tyrannisierte.

Um zu beweisen, wie wichtig Untertanen stets für einen Herrscher sind, erfand er das Schachspiel. Der Tyrann begriff sofort, ließ das Schachspiel daraufhin verbreiten und war von nun an milder zu seinen Untergebenen.



Aus Dankbarkeit für dieses erfundene Spiel gewährte er Sissa darauf einen freien Wunsch. Der listige Weise aber wünschte sich als Belohnung wie folgt Weizen: Auf das erste Feld des Schachbrettes 1 Korn, auf das zweite Feld 2 Körner, auf das dritte Feld 4 Körner, usw. - also immer die doppelte Anzahl. Seinen Wunsch gewährte ihm der Herrscher in der Annahme, die gewünschten Weizenkörner aufbringen zu können.

Bald verkündete aber der Vorsteher seiner Kornkammer, dass es so viele Weizenkörner nicht gebe - 18.446.744.073.709.551.615 Körner (18 Trillionen, 446 Billiarden, 744 Billionen, 73 Milliarden, 709 Millionen, 551 Tausend, 615).

Um solch eine Menge überhaupt transportieren zu können, benötigt

man so viele Transporter, dass diese - hintereinander aufgestellt - 231.666 mal um die Erde reichen. Jene Körnermenge reicht auch - nach Berechnungen des englischen Mathematikers Lodge - um damit ganz England bis zu einer Höhe von zehn Metern zu bedecken. Folgendes beeindruckendes Beispiel beschrieb W. Haas in der Zeitschrift „Rochade“ im August 1982: „Ein Güterzug mit allen Körnern, der mit 80 km/h d. h. mit 2 Waggons pro Sekunde an uns vorbeiführe, jeder einzelne mit 20 Tonnen Weizen beladen, brauchte dazu 730 Jahre!“

Lange Zeit rätselten die Historiker, ob das Spiel erstmalig in China, Persien oder Indien in Erscheinung trat. Erst 1977, als in Afrasiab sieben Schachfiguren bei Ausgrabungen gefunden wurden, konnte man endlich alle Unklarheiten beseitigen. Darlegungen aus der indischen Geschichte sowie Experten-Meinungen über jene Figuren lassen darauf schließen, dass das Schachspiel seine Reise etwa im zweiten Drittel des 7. Jahrhunderts in Indien begann.

Diese Legende kann sicherlich vielfältig im Unterricht, nicht nur in Mathematik, eingesetzt werden (DS).

